

Schwerpunkte
sozialdemokratischer
Landespolitik

Sozialdemokraten
in die
Verantwortung

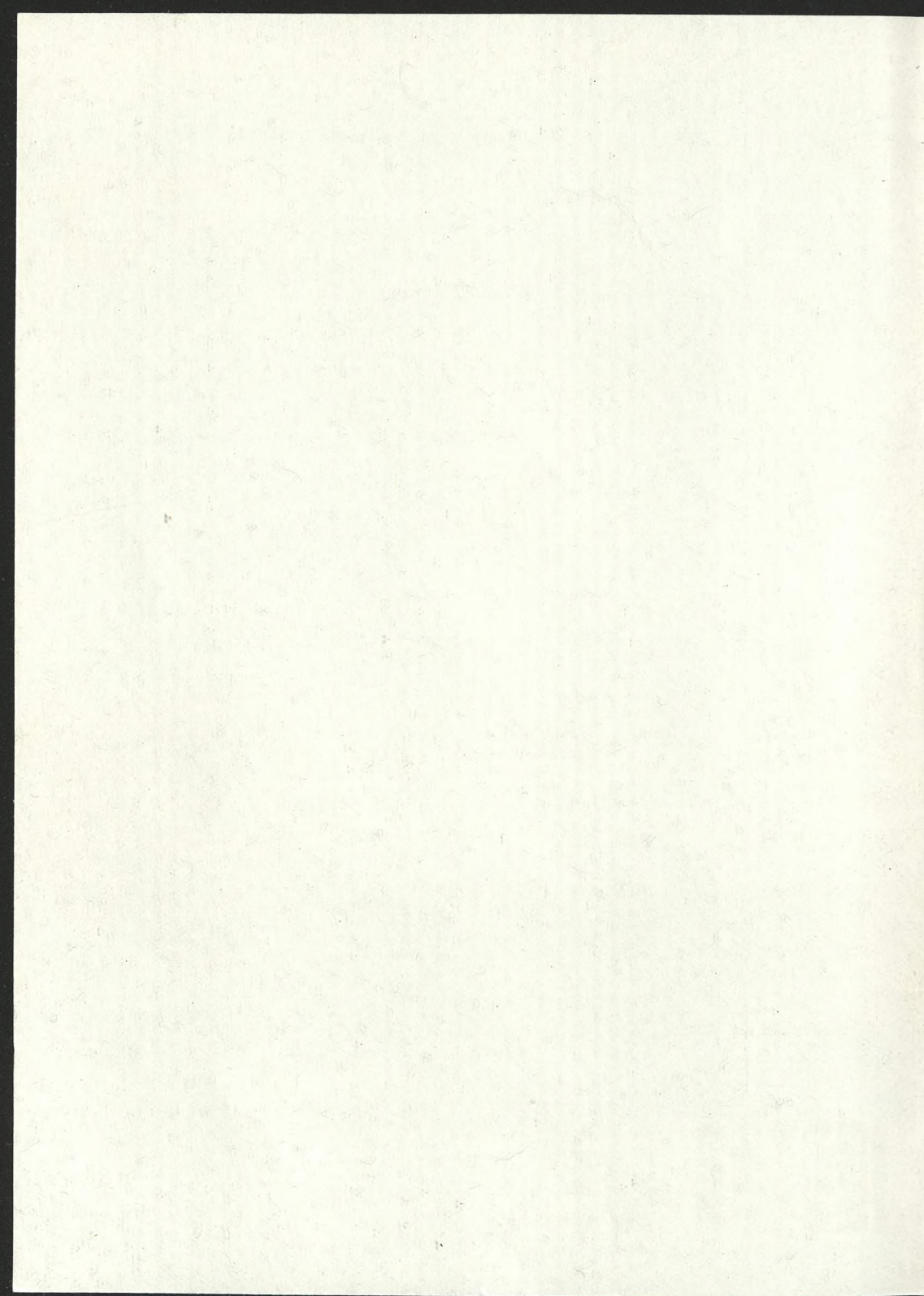
Die Schleswig-Holstein-

SPD

**umdenken
und verändern**



A93-795



umdenken und verändern

Schwerpunkte
sozialdemokratischer
Landespolitik

Die Schleswig-Holstein-**SPD**



A93-795

Herausgeber:

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein

Kleiner Kuhberg 28

2300 Kiel 1

Verantwortlich im Sinne des Presserechts und Gestaltung:

Rolf Selzer

Druck: Wullenwever-Druck, Lübeck

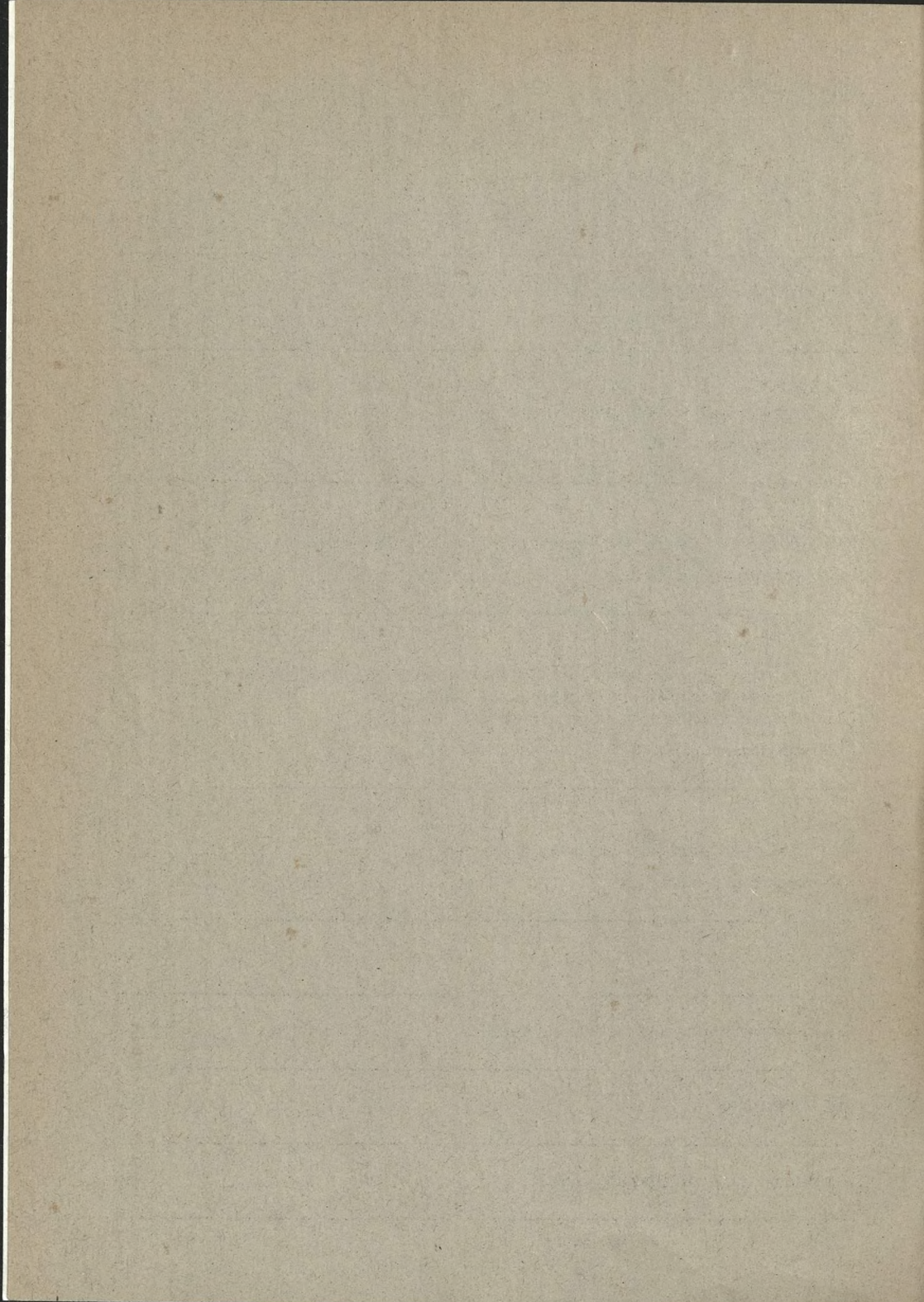
Beschluß des Landesparteitages

am 26. November 1978 in Bad Segeberg

Erschienen im Januar 1979

Gliederung

	Seite
Schwerpunkte sozialdemokratischer Landespolitik	
– Präambel –	5
<hr/>	
Teil 1:	
Recht auf Arbeit und Schutz der Umwelt	10
Aktionsprogramm zu Teil 1	21
<hr/>	
Teil 2:	
Kinderfreundliche Schule und Chancen für die junge Generation	24
Aktionsprogramm zu Teil 2	33
<hr/>	
Teil 3:	
Alle Menschen haben ein Recht auf Hilfe. Wir werden unsere Kinder, Heranwachsenden und älteren Mitbürger nicht allein lassen.	
Die Kranken und Behinderten brauchen unsere Solidarität	35
Aktionsprogramm zu Teil 3	43
<hr/>	
Teil 4:	
Liberalität, Rechtsstaatlichkeit, innere Sicherheit	44
Aktionsprogramm zu Teil 4	49
<hr/>	
Stichwortverzeichnis	51
<hr/>	
Grundsatzbeschlüsse und Materialien der SPD	53
<hr/>	
SPD-Anschriften	54
<hr/>	
Kandidaten zur Landtagswahl 1979	55
<hr/>	



SCHWERPUNKTE SOZIALDEMOKRATISCHER LANDESPOLITIK UMDENKEN UND VERÄNDERN SOZIALDEMOKRATEN IN DIE VERANTWORTUNG

Umdenken und Verändern

Die Grundwerte

Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten bekennen sich zu dem Ziel, die Gesellschaft Schritt für Schritt zu verändern und die Grundwerte des demokratischen Sozialismus in die Wirklichkeit umzusetzen. Diese Grundwerte sind

Arbeit
Freiheit
Gerechtigkeit
Solidarität

Für den demokratischen Sozialismus bedingen sich die Grundwerte gegenseitig. Wer ihren Zusammenhang verkennt, engt sie ein und höhlt sie aus. Freiheit ohne Gerechtigkeit ist die Freiheit der wirtschaftlich Stärkeren. Solidarität ohne Gerechtigkeit vernachlässigt die Ursachen sozialer Probleme. Arbeit ohne Solidarität schafft Privilegien und Ungerechtigkeiten.

Arbeit als Grundwert ist wesentlicher Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung des Menschen. Dieser Grundwert verlangt das Recht auf einen Arbeitsplatz ebenso wie das Recht auf qualifizierte Mitbestimmung, humane Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit.

Freiheit bedeutet das Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten und die Möglichkeit, die eigene Persönlichkeit in den Grenzen, die durch die Forderungen der Gerechtigkeit und der Solidarität gezogen werden, frei zu entfalten. Ohne individuelle Freiheitsrechte gibt es keine Demokratie.

Gerechtigkeit verwirklicht die Freiheit jedes einzelnen, indem sie ihm gleiche Rechte und gleichwertige Lebenschancen in der Gesellschaft eröffnet.

Solidarität drückt die Erfahrung und Einsicht aus, daß wir als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben können, wenn wir uns füreinander verantwortlich fühlen und einander helfen. Aus dem Grundwert Solidarität erwachsen für jeden Pflichten gegenüber seinen Mitmenschen und gegenüber der Gesellschaft.

Neue Probleme verlangen neue Antworten

Der private Wohlstand vieler Menschen in der Bundesrepublik ist größer als je zuvor. Aber für den gestiegenen Wohlstand haben wir auch bezahlt: Wir haben eine Fülle neuer gesellschaftlicher Probleme erzeugt. Mit der unbedachten Verschwendung von Rohstoffen und Energie gefährden wir, wovon wir alle leben: die Natur und unsere Umwelt.

Die weltweite Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Strukturveränderungen haben außerdem viele Menschen ins soziale Abseits gedrängt.

Wir müssen aufpassen, daß wirtschaftliche Krisen nicht benutzt werden, die von der Arbeiterbewegung erkämpften Freiheitsrechte einzuschränken. Anstatt innere Sicherheit durch kontinuierliche Reformpolitik zu gewährleisten, trennen auch jetzt wieder konservative Kräfte Staat und Gesellschaft, Parteien und Bürger. Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbot aufgrund der politischen Gesinnung sind ein Rückfall in vordemokratische Zeiten. Wir verurteilen Gewalt und Terror. Wir verurteilen reaktionäre Politik. Sie schadet der Demokratie und verursacht neue Gewalt.

Die neuen Probleme unserer Gesellschaft können uns nicht gleichgültig lassen. Wir haben zu entscheiden, was wir wollen. Ob wir so weitermachen oder ob wir umdenken und verändern wollen.

Wir Sozialdemokraten sind für Umdenken und Verändern.

Umdenken und Verändern ist notwendig

Deshalb müssen wir

- ein Bewußtsein weltweiter Solidarität schaffen, um die Spaltung der Welt in arm und reich zu überwinden,
- dem Wunsch der Menschen nach Frieden und Abrüstung Rechnung tragen und für die Friedenspolitik arbeiten,
- uns der Verantwortung im Verbrauch materieller Güter bewußt werden,
- die Verschwendung von Rohstoffen und Energie vermeiden,
- die Natur als Lebensgrundlage erkennen und schützen,
- die Zukunftschancen der Jugend von wirtschaftlichen Krisen unabhängiger machen,
- tarifpolitisch und gesetzlich eine gerechtere Verteilung von Arbeit und Einkommen durchsetzen,
- Arbeit und Ausbildung für alle erreichen,
- die Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz und in der Umwelt ausbauen,
- die Gleichberechtigung der Frau endlich Wirklichkeit werden lassen,
- die Angst und die Gleichgültigkeit gegenüber politischem Engagement abbauen, um Freiheit und Demokratie lebendig zu erhalten.

Freiheit durch Gerechtigkeit und Solidarität

Unsere Überzeugung ist: Die Menschen werden nicht frei durch hemmungslose Konkurrenz um Arbeit und Ausbildung, gnadenlosen Wettbewerb, inhumane Arbeitsplätze oder lückenlose staatliche Kontrolle. Sie werden frei durch eine Politik, die die Nachteile der Herkunft und Vermögen ausgleicht, den Schwachen vor den Stärkeren schützt, Angst und Hysterie abbaut, Mitbestimmung und Teilhabung in der Gesellschaft durchsetzt.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften setzen sich gemeinsam zur Wehr:

- gegen die zunehmende Macht der Wirtschaft, bedingt durch den Konzentrationsprozeß,
- gegen den Abbau von Liberalität und Rechtsstaatlichkeit,
- gegen den Versuch, den Handlungsspielraum der Gewerkschaften einzuengen.

Besonders verteidigen die Sozialdemokraten die Tarifautonomie und das Streikrecht. Die SPD fordert das Verbot der Aussperrung durch die Aufnahme in die Landessatzung und die gesetzliche Absicherung der politischen Betätigung im Betrieb.

Gleichberechtigung von Mann und Frau beginnt mit einer chancengleichen Ausbildung in Schule und Beruf. Das Konkurrenz- und Rollenverhalten zwischen Mann und Frau in der Gesellschaft muß zugunsten einer gleichberechtigten Partnerschaft verändert werden.

Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsordnung sind kein Selbstzweck

Wir können unsere gesellschaftliche Zukunft nicht mehr vom rein quantitativen Wirtschaftswachstum abhängig machen. Wir müssen vielmehr danach fragen, wie Wachstum zusammengesetzt ist, unter welchen Bedingungen es zustande kommt, welcher Bereich wachsen soll und welcher nicht. Wir brauchen ein Wachstum, das an qualitativen Maßstäben ausgerichtet ist. Diese Maßstäbe sind die Lebensbedürfnisse der breiten Mehrheit der Bevölkerung. Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt dürfen sich nicht gegen ihre Lebensbedürfnisse wenden.

Egoismus und Konkurrenz bilden aber immer noch weitgehend unser Wirtschafts- und damit auch Lebensprinzip. Damit wird Gerechtigkeit unmöglich gemacht und solidarisches Handeln erschwert. Die Schwächeren bleiben auf der Strecke und werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt; dies zeigt sich in Schule und Beruf.

Wenn eine marktwirtschaftliche Ordnung das Recht auf Arbeit und humane Arbeitsplätze auf Dauer nicht garantieren kann, muß sie verändert werden.

Es geht darum, den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung langfristig zu lösen, damit die Gesellschaft die Mittel und Möglichkeiten erhält, ihre Probleme zu

bewältigen. Viele und humane Arbeitsplätze können neu geschaffen werden, wenn Wirtschaft und Produktion nach den Interessen der Mehrheit geplant und gelenkt werden.

Deswegen bekräftigen wir unsere Beschlüsse zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität sind daher ein Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt, die mehr als bisher an den Lebensbedürfnissen des einzelnen und der Arbeitnehmer ausgerichtet sind.

Eine lebendige Demokratie braucht kritische Demokraten

Unser Grundgesetz stellt der Politik die Aufgabe, die Verfassung mit sozialem Leben zu erfüllen und weiterzuentwickeln.

Kritik an den gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnissen erfüllt deshalb einen Verfassungsauftrag. Solche notwendige Kritik darf nicht diffamiert werden.

Wo der Rechtsstaat beschnitten, wo die Freiheit eingeschränkt, wo Liberalität und Toleranz in Frage gestellt werden, entstehen Angst und Scheu vor politischem Engagement aus Furcht vor beruflichen Nachteilen und vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Staatsverdrossenheit entsteht,

- wo eine Regierung die Bürger arrogant behandelt,
- wo überhebliche Bürokratie die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Bürger behindert,
- wo Bürger unter einer Flut von Formularen und Anträgen nur noch verwaltet werden,
- wo die Zukunftschancen der Jugend immer stärker gefährdet werden,
- wo Wahlversprechen der Parteien nicht eingehalten werden,
- wo sich die soziale Situation der Arbeitnehmer verschlechtert,
- wo Rechtsstaat und Freiheitsrechte eingeschränkt werden.

Staatsverdrossenheit entsteht aber auch, wo das Streben verbürokratisierter Parteien nach Macht und nach Machterhaltung über dem Dienst am Bürger steht.

29 Jahre konservativer Regierung in Schleswig-Holstein sind genug

In Schleswig-Holstein ist die CDU nach 29 Jahren ununterbrochener Regierungszeit zu einer konservativ erstarrten und einseitig an Wirtschaftsinteressen gebundenen Partei geworden. Sie hat hier viel zu lange regiert. Sie hat weder die Kraft noch den Willen, die Zukunft humaner zu gestalten.

Wir Sozialdemokraten sind nicht frei von Fehlern und Versäumnissen, aber wir haben den Willen und die Kraft zu einer Politik, die Antworten gibt auf neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen und auf neue gesellschaftliche Herausforderungen.

SPD beteiligt die Bürger an der Programmarbeit

Die folgenden Schwerpunkte sozialdemokratischer Landespolitik sind von der schleswig-holsteinischen SPD im Gespräch mit interessierten Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen überarbeitet und weiterentwickelt worden. Als Ergebnis dieser Diskussion legen wir gleichzeitig ein konkretes Aktionsprogramm für die nächsten vier Jahre vor.

Schwerpunkte unserer Wahlkampfplattform sind:

1. Ein neues struktur- und wirtschaftspolitisches Konzept für Schleswig-Holstein, das die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem notwendigen Umweltschutz verbindet.
2. Vorschläge für den Ausbau unseres Bildungswesens, die die Zukunftschancen der jungen Generation sichern, die Schulen kinderfreundlicher machen und die Mitspracherechte der Eltern, Lehrer und Schüler verwirklichen.
3. Ein sozialpolitisches Konzept, das Eigenverantwortung und Selbsthilfe der Betroffenen fördert und die regionalen Unterschiede in der gesundheitlichen Versorgung auszugleichen sucht.
4. Die notwendigen Schritte, um Liberalität und Rechtsstaatlichkeit in Schleswig-Holstein wiederherzustellen, zu sichern und auszubauen.

TEIL 1

Recht auf Arbeit und Schutz der Umwelt

I. Unsere Probleme

Schleswig-Holstein ist immer noch ein finanz- und wirtschaftschwaches Land. Der Entwicklungsrückstand gegenüber anderen Bundesländern ist als Folge der konzeptionslosen Förderpolitik der CDU-Landesregierung geblieben.

Neuorientierung der Wirtschafts- und Umweltpolitik notwendig
100 000 neue Arbeitsplätze nötig

Weltweite Wirtschafts- und Wachstumsprobleme verschärfen diesen Zustand und bringen zusätzliche Gefährdungen für unsere Umwelt. Sie zwingen zu einer neuorientierten Wirtschafts- und Umweltpolitik. Das gilt besonders für Schleswig-Holstein. Bis 1990 müssen hier 100 000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Dazu ist außerdem erforderlich, die berufliche Erstausbildung qualitativ zu verbessern und die Berufsbildung für alle Arbeitnehmer auszubauen. Natur und Landschaft müssen erhalten bleiben.

Das ist eine gewaltige Aufgabe. Sie kann weder mit alten wirtschaftspolitischen Rezepten noch mit den „Selbsteilungskräften“ der Wirtschaft verwirklicht werden.

Die CDU hat die Landesentwicklung sich selbst überlassen

Die CDU-Landesregierung hat die Entwicklung unseres Landes weitgehend sich selbst überlassen. Sie hat es zugelassen, daß rund um Hamburg in wenigen Jahren ein neuer Ballungsraum entstanden ist. Sie hat nicht genug dagegen unternommen, daß junge Menschen vom flachen Land und aus den strukturschwachen Gebieten abgewandert sind. Sie hat es nicht verstanden, aus dem Raum zwischen Kiel, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster und Plön ein attraktives Wirtschaftsgebiet zu machen. An der Unterelbe hat sie schwere Umweltbelastungen in Kauf genommen.

CDU bleibt bei alten Konzepten

Trotzdem bleibt die CDU bei ihrer alten Wirtschaftspolitik. Mit ihrem Konzept der „Konzentration in der Fläche“ ist sie gescheitert. Ebenso mit ihrer Vorstellung von einer ziellosen und ungesteuerten Industrie- und Wirtschaftsförderung, die insgesamt weder zu mehr Arbeitsplätzen noch zur Verbesserung der Umweltqualität geführt hat.

II. Beispiele: Was die CDU getan hat und was die SPD tun wird

- Trotz Wirtschaftsförderung in Milliardenhöhe durch die CDU-Landesregierung sind in Schleswig-Holstein insgesamt mehr Arbeitsplätze weggefallen als neue geschaffen wurden.

Die SPD will öffentliche Steuermittel an Unternehmen mit der Auflage vergeben, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten oder neue zu schaffen.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen Rationalisierung. Wir sind aber gegen eine wirtschaftspolitische überflüssige Subven-

tionierung neuer Produktionstechniken, die das „Weg-rationalisieren“ von Arbeitsplätzen noch beschleunigt.

Wir wollen deshalb die Zahlung von Subventionen vor allem an die Zahl und Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze koppeln. Dafür sind wirksame Kontrollen nötig.

Subventionen werden weder zur Auffüllung des Privatvermögens noch zur Vermögensanhäufung in den Händen der Unternehmer gezahlt. Die SPD wird deshalb in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zusätzlich in Form der Mitbestimmung neue Formen der Vermögensbildung entwickeln, die zu Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer und der öffentlichen Hand führen.

Mittel- und langfristige ist zu verhindern, daß neue Produktionstechniken unabhängig von den durch sie verursachten sozialen Kosten eingeführt werden. Eine Privatisierung ihrer Erträge und Sozialisierung ihrer Kosten führt zu einer falschen betriebswirtschaftlichen Beurteilung solcher Investitionen.

- Trotz Wirtschaftsschwäche des Landes hat die Landesregierung die Konjunkturflaute der vergangenen Jahre noch begünstigt. Insbesondere durch die Kürzung der Finanzzuweisungen an die Gemeinden hat sie die Chance vergeben, mit öffentlichen Investitionen Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten und die Struktur zu verbessern.

Mehr öffentliche Investitionen notwendig

Die SPD wird die Gemeindefinanzen verbessern. Denn mehr öffentliche Investitionen bedeuten zusätzliche Aufträge für die Wirtschaft und Sicherung von Arbeitsplätzen. Gerade Schleswig-Holstein braucht öffentliche Investitionen der Gemeinden und des Landes.

- Trotz der Notwendigkeit, mit teurer Energie sparsam umzugehen, hat die CDU-Landesregierung das Energiesparprogramm verzögert.

Energieeinsparung schafft zukunfts-sichere Arbeitsplätze

Die SPD wird Energiesparprogramme fördern. Eine Politik des sparsamen Umgangs mit Energie schafft neue Märkte für energiesparende Produkte und damit neue zukunfts-sichere Arbeitsplätze.

- Trotz des Mangels an Arbeitskräften im Bereich der sozialen Dienste und der Bildung hat die CDU-Landesregierung diese Chance nicht genutzt, um Arbeitslosigkeit abzubauen.

Die SPD wird im öffentlichen Dienst zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, ohne die Verwaltung aufzublähen. Wir brauchen zum Beispiel mehr Sozialarbeiter, Lehrer, Bewährungshelfer oder Gewerbeaufsichtsbeamte. Wir geben auf diese Weise vor allem jungen Menschen Ausbildung und sinnvolle Arbeit.

- Trotz der besonderen Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt hat die CDU-Landesregierung nichts unternommen, um die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung durchzusetzen.

Die SPD will das Recht auf Arbeit für Männer und Frauen gleichermaßen durchsetzen. Das soll erreicht werden durch

- Änderung der Landessatzung,
- die Erschließung neuer Berufswege für Frauen, vor allem durch die Öffnung von Berufen, die bisher Männern vorbehalten sind, und die Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen;
- gleiche Chancen bei gleicher Qualifikation im öffentlichen Dienst des Landes und der Kommunen;
- Verstärkung der Umschulungsmaßnahmen für Frauen in qualifizierte Berufe, für die am Arbeitsmarkt Bedarf besteht;
- Aufhebung des zwischen Männern und Frauen geteilten Arbeitsmarktes, vor allem durch Vermittlung von Frauen auf Arbeitsplätze außerhalb des traditionellen weiblichen Berufs- und Tätigkeitsbereichs mit begleitender Beratung.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich außerdem zur ständigen Aufgabe machen,

- Maßnahmen, Vorhaben und Programme des Landes und des Bundes daraufhin zu prüfen, daß das verfassungsrechtliche Gleichheitsgebot für Männer und Frauen erfüllt wird;
- Programme, Untersuchungen, Forschungsvorhaben und Modelle zur Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes in Beruf, Familie und Gesellschaft anzuregen;
- Initiativen zur Durchsetzung des Gleichheitsgebotes in Schleswig-Holstein auf der Basis der Erfassung wichtiger Tatbestände, aufgrund von Beschwerden und Anregungen aus der Bevölkerung oder aus dem Kontakt mit Gewerkschaften oder Frauenorganisationen zu ergreifen.

Sie wird deshalb eine Arbeitsgruppe „Gleichstellung von Männern und Frauen“ einrichten, die dem Ministerpräsidenten zuarbeitet, und wird jährlich über Programme und Ergebnisse ihrer Gleichstellungspolitik berichten.

III. Sozialdemokratische Entwicklungsstrategie für unser Land

1. Ziel sozialdemokratischer Strukturpolitik ist es, ein umweltschonendes Wirtschaftswachstum zu fördern, alle Landesteile gleichwertig zu entwickeln und zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen.

Das gelingt nur mit einer differenzierten Entwicklungsstrategie für die städtischen Ballungsgebiete genauso wie für die industrieschwachen ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins.

- Anders als in früheren Jahren erscheint eine intensive Industrieansiedlung nur noch in den Standorten möglich, die für wachsende und hochtechnisierte Industriezweige besonders

attraktiv sind. Das sind in Schleswig-Holstein die traditionellen Industriestandorte Flensburg, Lübeck und das Städtedreieck Kiel/Neumünster/Rendsburg. Für die Wirtschaftsregion an der Unterelbe (Brunsbüttel) und für das Hamburger Randgebiet sind dabei Förderungsmaßnahmen entsprechend den regionalen Besonderheiten notwendig.

- Die strukturschwachen ländlichen Regionen wie die Landesteile Schleswig, Dithmarschen, das östliche Holstein und Lauenburg brauchen eine verstärkte Förderung ihrer Wirtschaftskraft.
- In den Teilen des ländlichen Raums mit intensiverem Fremdenverkehr wird dieser dort strukturbestimmende Wirtschaftszweig weiterentwickelt.
- In den Städten wie in den ländlichen Regionen ist ein entsprechend den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen differenzierter Ausbau vor allem der sozialen und kulturellen Infrastruktur notwendig, um die Qualität der Lebensverhältnisse in beiden Räumen zu erhalten beziehungsweise ihre Gleichwertigkeit herzustellen.

Strukturpolitisches Ziel: Neue Arbeitsplätze

2. Wir Schleswig-Holsteiner lieben unsere Heimat gerade deshalb, weil sie noch Erholungslandschaft ist. Sie muß erhalten werden. Deshalb müssen wir, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen, gleichzeitig die schleswig-holsteinische Landschaft und Natur vor Zerstörung sichern. Wir wollen die Aufgabe lösen, gleichzeitig die industriell-gewerblichen Chancen des Landes in seinen einzelnen Räumen intensiv zu nutzen, Natur und Landschaft in Schleswig-Holstein zu erhalten und eine wohnliche Umwelt in Städten und Gemeinden zu schaffen.

Ganz Norddeutschland muß wirtschaftlich stärker werden: Das geht nur gemeinsam

3. Eine neue dynamische Strukturpolitik für Schleswig-Holstein ist zugleich Teil einer Entwicklungspolitik für ganz Norddeutschland. Alle vier norddeutschen Küstenländer brauchen nämlich eine stärkere Wirtschaftsentwicklung als das übrige Bundesgebiet, wenn sich das Nord-Süd-Gefälle nicht verstärken soll. Eine solche Politik kann aber nicht im Gegeneinander, sondern nur im engen Zusammenwirken Schleswig-Holsteins mit Hamburg, Niedersachsen und Bremen durchgesetzt werden.
4. Massive Industrieansiedlungen an jedem Ort sind nicht möglich und für Schleswig-Holstein auch nicht sinnvoll. Deshalb muß die Förderung der Industrie vor allem auf die Standorte konzentriert werden, die für wachsende und hochtechnisierte Industriezweige besonders attraktiv sind.
5. Die SPD wird eine offensive Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum einleiten. Der ländliche Raum ist das ausgedehnteste Teilgebiet Schleswig-Holsteins. Er umfaßt die Regionen nördlich der Linie Brunsbüttel/Lübeck. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den schwächer industrialisierten Landesteilen Schleswig, Dithmarschen und dem östlichen Holstein.

A. Der ländliche Raum — die Landesteile Schleswig, Dithmarschen und das östliche Holstein

1. Ziel der Entwicklungspolitik im ländlichen Raum wird es sein, den Bestand an gewerblichen Arbeitsplätzen in den mittleren Städten und den zentralen Orten dieses Raumes zu festigen und so weit wie möglich zu vermehren. Das geschieht durch eine Förderungspolitik, die über die bestehende Förderung hinaus Mittel- und Kleingewerbe, Dienstleistungsbetriebe, Fremdenverkehr, Handwerk und mittelständische Produktionsbetriebe unterstützt mit dem Ziel, die Kapazitäten an Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu erweitern. Auch alle Chancen zur Ansiedlung geeigneter Industrie- und Gewerbebetriebe sollen ausgeschöpft werden. Öffentliche Einrichtungen sollen bei ihren Standortentscheidungen die strukturschwachen Gebiete vorrangig berücksichtigen.

- Förderung mit Überlegung statt mit der Gießkanne

2. Die Entwicklungsfähigkeit unseres Landes ist unterschiedlich. Deshalb muß die neue Strukturpolitik besondere Förderungssysteme anbieten:
 - für den ländlichen Raum und die Fremdenverkehrsgebiete,
 - für die größeren Städte,
 - für die Unterelbregion,
 - für das Hamburger Randgebiet.

- Zentrale Orte müssen noch lebendiger werden

3. Hand in Hand geht damit der Ausbau der zentralen Orte zu lebendigen Mittelpunkten ihres Umlandes. Dabei muß immer wieder kritisch geprüft werden, ob das zentral-örtliche System verändert werden muß und ob die damit verbundenen Finanzzuweisungen neuen Gegebenheiten angepaßt werden müssen.

Fremdenverkehr

- Kleinere und mittlere Unternehmen fördern

4. Der Fremdenverkehr ist und bleibt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Vorrang vor einer Kapazitätenausweitung hat die Verbesserung des bestehenden Angebots, die Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an den Markt und die Verlängerung der Saison. Die kleineren und mittleren Unternehmen sollen besonders gefördert werden.

Der zügellose Bau von Großprojekten ohne Rücksicht auf die Eigentümlichkeit der Landschaft und der einheimischen Fremdenverkehrswirtschaft hat unserem Land geschadet. Die Beibehaltung der familienfeindlichen Kurtaxe an den Stränden von Nord- und Ostsee schwächt die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins als Fremdenverkehrsland. Die SPD wird die Kurtaxe abschaffen und für finanziellen Ausgleich sorgen. Eine

SPD-geführte Landesregierung wird das dafür geeignete System zusammen mit den betroffenen Gemeinden erarbeiten.

Die SPD wird den freien Zugang aller Bürger zu Seen und Wäldern unter Berücksichtigung des Naturschutzes und ein landeseigenes Programm für die Säuberung unserer Binnengewässer konsequent durchsetzen.

B. Die großen Städte

Die Vorteile der größeren Städte müssen genutzt werden

1. Außer im Hamburger Randgebiet und an der Unterelbe gibt es nur in den größeren Städten des Landes eine bedeutende Industriekonzentration mit großen und technisch hochentwickelten Betrieben. Die Qualität der Standorte macht diese Standorte auch in Zukunft für die Industrie attraktiv. Auf sie muß sich deshalb die Industrialisierung vor allem konzentrieren.

Industrieansiedlung steuern und effektiv machen

2. Dabei ragen die Städte Flensburg und Lübeck sowie das zentrale Städtedreieck Kiel – Neumünster – Rendsburg heraus. Für die Ansiedlung von Industriebetrieben mit hohem Standard bieten diese Orte gute Voraussetzungen: qualifizierte Arbeitskräfte, wissenschaftliche Einrichtungen, fach-, berufs-, und allgemeinbildende Schulen, Verkehrserschließung und Infrastruktur sowie ein vielfältiges Kulturleben.

Förderung der großen Städte ist gut für das ganze Land

3. Die Vorteile dieser Standorte müssen deshalb ausgebaut und besser genutzt werden. Wohnwert und Lebensqualität sind weiter zu verbessern. Hier können mehr Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, der Wissenschaft, der Forschung und der Kultur ihren Platz finden. Nur so ist eine weitere Industrialisierung in diesen Standorten möglich. Der Bau einer Technischen Hochschule in Flensburg ist dafür ein Beispiel. Nur durch eine Konzentration der Förderung sind die Entwicklungschancen, die in den größeren Städten liegen, für ganz Schleswig-Holstein und seine ländlichen Räume zu nutzen. Deshalb wäre ihre Benachteiligung ein Schaden für das ganze Land.

C. Die Unterelberegion

Wir wollen keine unkontrollierte Industrieentwicklung an der Unterelbe

1. An der Unterelbe wollen wir keine unkontrollierte Industrieentwicklung. Um unsere Ziele in diesem Raum durchsetzen zu können, ist eine strikte Koordinierung der Maßnahmen zwischen den beteiligten Ländern erforderlich. Dafür wird ein gemeinsames, einheitliches Förderungssystem entwickelt. Als übergeordnete Planungsgrundlage ist vor weiteren Industrieansiedlungen ein ökologischer Gesamlastplan für die Unterelbe zu erstellen, der auch die Möglichkeit schaffen soll, für Investitionen Kosten-Nutzen-Rechnungen aufzustellen. Der Gesamlastplan soll Industriezonen mit großem Angebot an Arbeitsplätzen von den Zonen abgrenzen, die in ihrem gewachsenen Zustand erhalten bleiben müssen. Er soll die Wirtschaftsförderung mit dem Gebot des Umweltschutzes in Übereinstimmung bringen. Er soll sicherstellen, daß die bisher einseitige

Industriestruktur ergänzt wird durch Betriebe, die vorwiegend einheimische Arbeitskräfte beschäftigen können. Die Ansiedlung solcher Betriebe soll vorrangig gefördert werden.

2. Die unzulängliche Verkehrserschließung der Westküste und des Unterelberaums muß durch eine höhere Priorität für die A 23 beseitigt werden. So kann die gewerbliche Entwicklung an der Westküste nachhaltig unterstützt werden.

D. Das Hamburger Randgebiet

1. Für die schleswig-holsteinischen Bürger und Gemeinden in den Kreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Lauenburg sind die politischen und unternehmerischen Entscheidungen in Hamburg besonders wichtig. Deshalb ist die SPD gegen Länder- und Gemeindeegoismus. Alle Maßnahmen zur Wachstumsförderung müssen das Ziel haben, den gesamten Wirtschaftsraum einschließlich der Hansestadt zu stärken. Die Strukturpolitik in diesem Gebiet muß deshalb als Gemeinschaftsarbeit praktiziert werden.
2. Wichtigste Aufgabe in diesem dichtbesiedelten Raum ist der Ausbau der Verkehrswege und ein planvoller Umweltschutz. Der Wohnungswechsel oder die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Umland darf nicht willkürlich behindert werden. Für Betriebsverlagerungen ins Nachbarland müssen jedoch Maßstäbe gelten, die sicherstellen, daß dadurch für die Gesamtregion ein Gewinn an Wachstum und Arbeitsplätzen erzielt wird. Die Subventionskonkurrenz unter Einsatz hoher öffentlicher Mittel muß beendet werden.

E. Mit Bonner Unterstützung für Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein
braucht Bonner
Hilfe

Reform der Wirtschaftsförderung
notwendig

1. Schleswig-Holstein ist auf die von Bund und Ländern finanzierten Gemeinschaftsaufgaben existentiell angewiesen. Ohne das Geld des Bundes zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben, zur Zonenrandförderung und zum Ausbau der Infrastruktur ist eine Entwicklung unseres Landes nicht möglich.
2. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ muß jedoch grundlegend reformiert werden. Für die Abgrenzung der Fördergebiete bieten sich die Maßstäbe des Bundesraumordnungsprogramms an. Gleichzeitig muß die Erfolgskontrolle der regionalen Strukturpolitik verbessert werden. Das Zonenrandgebiet bleibt Bestandteil der Gemeinschaftsaufgabe und wird entsprechend dem eigenen Gesetz weiterhin gefördert. Im übrigen betreiben die Länder als Raumordnungsaufgabe eine eigene Strukturpolitik.
3. Schleswig-Holstein ist auf finanzielle Unterstützung durch Bonn auch bei der Wertindustrie, der Landwirtschaft, der Energiepolitik und der Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung wird intensiviert; die von der CDU-Landesregierung aufgebaute Konfrontation zwischen Land und Bund schadet unserem Land.

F. Die Werftindustrie

- Werftindustrie ist unverzichtbar
- Veränderte Weltmarktbedingungen
- Staat und Werften müssen neue Wege suchen
- Vermehrte Rüstungsproduktion hilft nicht weiter
- Notwendige neue Subventionsvergabe und alternative Strukturpolitik
1. Die Werftindustrie ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Norddeutschland und in Schleswig-Holstein. Für einzelne Standorte ist der Schiffbau ein beherrschender Produktionszweig, zu dem sich bisher keine Alternative anbietet, um drohende Beschäftigungseinbrüche auszugleichen.
 2. Die durch weltweite Überkapazitäten – insbesondere bei den Tankern – verursachte Krise der Werftindustrie kann weder allein durch Schleswig-Holstein noch allein durch die Küstländer gelöst werden. Die Forderung nach international verbindlichen Kapazitätsabstimmungen, nach Angleichung der durch unterschiedliche Subventionsvergabe hervorgerufenen Wettbewerbsverzerrungen sind zwar sinnvoll, erscheinen aber gegenwärtig nicht durchsetzbar. Immer mehr Länder, vor allem aus der Dritten Welt und die Staatshandelsländer des Ostblocks, drängen auf den Weltmarkt, so daß selbst im Falle einer Belebung der Nachfrage nach Schiffsneubauten in einigen Jahren die deutschen Werften nicht mehr den früheren Auslastungsgrad erreichen werden.
 3. Durch die Strukturkrise wird die Zahl der Arbeitsplätze in der Werftindustrie in den nächsten Jahren erheblich verringert werden. Hier sind finanzielle Hilfen des Landes und des Bundes erforderlich, um die Entwicklung neuer Produktionslinien durch Modellversuche sowie die Umschulung von Arbeitnehmern zu ermöglichen. Es darf in diesem Wirtschaftszweig nicht zu Massenentlassungen kommen. Ebenso darf dieser Wirtschaftszweig nicht künstlich durch Subventionen aus Steuergeldern im alten Umfang am Leben erhalten bleiben.
 4. Die Ausweitung der Produktion von Rüstungsgütern ist kein geeignetes Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Der notwendige Strukturwandel der Werften würde verzögert, denn Rüstungsaufträge schreiben die bestehenden Produktionsstrukturen fest und zwingen den Staat zur Vergabe immer neuer Anschlußaufträge. Ein neuer Störfaktor „Sicherung der Arbeitsplätze durch Rüstungsgüter“ würde den internationalen Entspannungsprozeß negativ beeinflussen. Diese Arbeitsplätze im Kriegsschiff-Export sind vordringlich über Sonder-Programme der Großforschung und Entwicklungshilfe auf zivile Produktion umzustellen. Sie müssen bei der Vergabe von Bundesaufträgen bevorzugt werden. Politisch besonders bedenklich und daher abzulehnen ist der Export von Kriegsschiffen in Nicht-NATO-Staaten.
 5. Die bisherige Praxis der Subventionsvergabe hat die Krise der Werftindustrie nur vor sich hergeschoben. Deutsche Reeder konnten lange Zeit mit einheimischen Geldern den Bau von Schiffen im Ausland finanzieren. Sinnvoll können statt dessen nur solche Subventionen sein, die den Strukturwandel fördern und das Beschäftigungsproblem überwinden helfen. Subventionen sollen vor allem eine Finanzhilfe dafür sein, neue Techno-

logien im Spezialschiffbau anzuwenden und Produktionsumstellungen zu erleichtern.

Daneben ist es unvermeidlich, durch ein neues strukturpolitisches Konzept die Abhängigkeiten einzelner Orte und Regionen von einem Industriezweig zu lösen.

G. Die Land- und Ernährungswirtschaft

Leistungsfähige
Landwirtschaft
unverzichtbar

1. Die Land- und Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein ist ein hochentwickelter und ertragreicher Wirtschaftszweig mit hoher Investitionsquote. Sie stellt jeden fünften Arbeitsplatz im Lande zur Verfügung. Ziel der SPD-Agrarpolitik ist die Weiterentwicklung unserer leistungsfähigen und wirtschaftlich gesunden Landwirtschaft.

Landwirtschaft
schafft Arbeits-
plätze und erhält
Landschaft

2. Wir wollen eine Landwirtschaft,

— die integrierter Bestandteil unserer Gesellschaft ist, also gleichberechtigt an ihrer Entwicklung teilhat, und deren Rechte und Pflichten denen der übrigen Bevölkerung entsprechen;

— die eine möglichst große Anzahl zukunftssicherer Arbeitsplätze im ländlichen Raum für Betriebsleiter, mithelfende Familienangehörige und landwirtschaftliche Arbeitnehmer bereitstellt;

— die als Auftraggeber und Investor der Wirtschaft im ländlichen Raum stärkere Impulse gibt;

— die wesentlich dazu beiträgt, eine Kulturlandschaft zu schützen, die für Freizeit und Erholung eine ständig steigende Bedeutung erhält;

— die die Bevölkerung mit schadstofffreien und hochwertigen Nahrungsmitteln versorgt.

3. Dieses Ziel ist gefährdet. Denn die regional unterschiedliche, aber sich generell verstärkende Bodenkonzentration leitet eine Fehlentwicklung ein, wie sie im Bereich von Industrie und Gewerbe zu vielfältiger Vernichtung von Existenzen und Arbeitsplätzen, zu Markt- und Arbeitsmarktproblemen geführt hat.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb Maßnahmen gegen die zunehmende Bodenkonzentration einleiten, damit guter Boden nicht in falsche Hände fällt, sondern die angebotenen Flächen den aufstockungsbedürftigen Betrieben zugute kommen. Außerdem sollen nur solche Betriebe gefördert werden, die ohne öffentliche Hilfe nicht auskommen, mit solcher Unterstützung aber eine Zukunftschance erhalten können.

4. Wir werden außerdem erste Schritte einleiten, um natürlicheren Wirtschaftsweisen und tiergerechten Haltungformen Raum zu geben. Dazu gehören gezielte Forschungsprojekte und die Förderung von Modellversuchen genauso wie die Bemühungen, das Lebensmittel- und Tierschutzrecht zu verbessern und auf europäischer Ebene zu harmonisieren.

H. Energieversorgung und Energieeinsparung

Sparsamer Umgang mit Naturschätzen

1. Wir befinden uns weltweit an einem Entwicklungspunkt, der die Menschen zwingt, die natürlichen Grenzen und Möglichkeiten der Erde zu erkennen und einzuhalten und die verfügbaren Naturschätze sparsamer zu verwalten und gerechter zu verteilen als in der Vergangenheit.

Erhaltung der Rohstoffreserven

Wir müssen unsere heutige Wirtschaftsform einer Konsum- und Wegwerfgesellschaft mit dem Erfolgsmaßstab des Energieverbrauchs weiterentwickeln zu einer Wirtschaft, in der die Erhaltung von Rohstoffreserven und die Einsparung von Energie durch vernünftiger Erzeugung und rationelleren Verbrauch ermöglicht wird.

Energiebedarf abhängig von Energieeinsparung

2. Eine Industriegesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland muß zur Sicherung von Beschäftigung und Lebensstandard ausreichende Energie für Wirtschaft und Haushalte zur Verfügung stellen. Dabei sind Bedarfsberechnungen nur dann realistisch und vertretbar, wenn sie umfassende Energiesparmaßnahmen mit berücksichtigen.

Sicherheit der Menschen und Schutz der Umwelt haben Vorrang

3. Der Schutz der Menschen vor Gefahren und die Energiesicherung für die nachfolgenden Generationen sowie die Erhaltung von Natur und Umwelt sind wichtiger als rein betriebswirtschaftliche Berechnungen bei der Frage, ob und in welchem Umfang zukünftig Kernkraft als Energieträger eingesetzt wird. Langfristig wird eine Energieversorgung in Verbindung mit natürlichen Energiequellen (Biogas, Sonnenenergie usw.) immer wichtiger.

Vorrang für die deutsche Steinkohle

4. Deshalb muß bei der Energieerzeugung auch in Schleswig-Holstein das Kohlekraftwerk absoluten Vorrang vor dem Kernkraftwerk haben. Dabei ist die Verwendung deutscher Steinkohle zu fördern. Sie darf jedoch nicht zu einer Verteuerung der Energiekosten im Vergleich zu anderen Bundesländern führen. Auch für Kohlekraftwerke müssen strengere Umweltauflagen gelten.

Rationelle Energieverwendung

5. Bei der Planung neuer Kraftwerke sollte von vornherein die Nutzung der Abwärme mit berücksichtigt werden, um durch weitergehende Anwendung der Kraftwärmekoppelung ein Höchstmaß an rationeller Energieverwendung und optimaler Nutzung der Energierohstoffe zu gewährleisten.

Betriebsgenehmigungen nur, wenn Entsorgung gesichert ist

6. Das im Bau befindliche Kernkraftwerk in Krümmel darf den Betrieb nicht aufnehmen, solange die Entsorgung nicht realisiert ist. Das Kernkraftwerk Brokdorf soll nicht gebaut werden.

Das Kernkraftwerk Brunsbüttel darf nur dann wieder in Betrieb genommen werden, wenn eine weitere Gefährdung der Umwelt durch Störfälle beziehungsweise Immissionen ausgeschlossen werden kann. Eine SPD-geführte Landesregierung wird der Erneuerung und dem Ausbau vorhandener sowie dem Bau neuer Kohlekraftwerke Vorrang geben und kein zusätzliches Kernkraftwerk in Schleswig-Holstein genehmigen.

- Energieeinsparung und Entwicklung alternativer Energien notwendig
7. Um den verschwenderischen Umgang mit Energie aufzuhalten und zu einem verantwortungsbewußten Umgang mit Energie zu kommen, sind alle Möglichkeiten der Energieeinsparung konsequent zu nutzen. Die Einrichtung von Energieberatungsstellen ist zu fördern.
- Parlament muß entscheiden
8. Im Rahmen der Vorsorge für eine langfristige Energieversorgung haben bei der Standortplanung für Kraftwerke im Zuge von Regionalplanung und Raumordnung Unternehmen und Landesregierung nicht allein zu entscheiden. Bürger und Parlament sind an dieser Entscheidung zu beteiligen. Dieses Verfahren ist gesetzlich zu regeln.
- Autobahnbau verspätet
1. Die CDU-Landesregierungen haben lange Jahre die wirtschaftliche Bedeutung der großräumigen Verkehrserschließung Schleswig-Holsteins in seiner Randlage im Bundesgebiet nicht begriffen. Die verspätete Durchführung der Süd-Nord-Autobahn hat die Industrialisierungschancen vor allem des zentralen Städtedreiecks und der nördlichen Landesteile in der Zeit der stürmischen Kapazitätsentwicklung der deutschen Industrie nicht genutzt.
- Fernverkehrserschließung noch nicht abgeschlossen
2. Die Fernverkehrserschließung des Landes ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Die Autobahnen werden in diesem Jahrzehnt ihre vorläufigen Endpunkte nicht erreichen. Strukturpolitisch verhängnisvoll ist, daß noch kein vorhandenes Konzept für leistungsfähige Ost-West-Querverbindungen vorliegt. Die innere Erschließung wichtiger Teilräume wie des zentralen Städtedreiecks sollte eine weitere Priorität darstellen.
3. Im ländlichen Raum müssen die Landesstraßen verbessert werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird unverzüglich ein Sanierungsprogramm vorlegen. Dabei sind vorrangig Ortsumgehungen zu schaffen. Wo das nicht möglich ist, werden entsprechende Lärmschutzanlagen errichtet.
4. Für die Infrastruktur- und Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein spielt die Deutsche Bundesbahn eine besonders wichtige Rolle. Gerade ein Flächenland ist auf ein effektives Schienennetz angewiesen. Außerdem ist die Bahn auch unter energie- und umweltpolitischen Aspekten günstiger als alle vergleichbaren Verkehrsträger. Deshalb wird die SPD auf ein langfristig vernünftiges Verkehrskonzept hinwirken. Eine SPD-geführte Landesregierung wird Streckenstilllegungen der Bundesbahn nicht zustimmen.
5. Beim Neubau und Ausbau von Verkehrsadern ist auf Natur und Landschaft und damit auf den Menschen Rücksicht zu nehmen. Statt immer neue Trassen zu planen, sind vorhandene verkehrsgerecht auszubauen. Dazu gehören auch – wo immer es möglich ist – gesonderte Verkehrswege für Radfahrer und landwirtschaftlichen Verkehr. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich auch in Bonn dafür einsetzen, daß die Verbesserung des vorhandenen Straßennetzes Vorrang vor dem Bau neuer

Straßen erhält. Die SPD lehnt die von der Landesregierung vorgesehene Trassierung und eine Höherstufung der im gültigen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen als „möglicher weiterer Bedarf“ ausgewiesenen A 22 mit Elbquerung ab.

Die Küstenautobahn ist in absehbarer Zeit zur Verbesserung der Verkehrsstruktur nicht erforderlich. Die vorhandenen Elbübergänge reichen aus. Auch die Erfordernisse des Umweltschutzes und der Naherholung sprechen für diese Aussage. Eine Höherstufung würde im übrigen die Gefahr in sich bergen, daß diese Planung in einem künftigen Konjunkturprogramm ohne ausreichende Beratung realisiert wird. Die vorgesehene Umgehung für Bad Segeberg wird hiervon nicht berührt.

6. Die SPD sieht in den nächsten zehn Jahren keinen Bedarf für den Großflughafen Kaltenkirchen. Sie wird deshalb weder den Sofortvöllzug für den Planfeststellungsbeschluß anordnen noch mittelfristig diesen Beschluß ausnutzen.
7. Ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr ist Grundvoraussetzung für attraktive Standorte. Deshalb müssen die verschiedenen Verkehrsträger zusammengefaßt werden. Das Land wird dabei konzeptionelle und finanzielle Hilfe leisten.

J. Förderung von Technologie und Innovation

1. Die Möglichkeiten zur Förderung von Technologien und Innovationen in kleineren Betrieben des Handwerks und der Industrie sind trotz großer Anstrengungen der Bundesregierung bisher nur mangelhaft genutzt worden. Dabei liegt gerade hier auch eine Chance für die Ansiedlung umweltfreundlicher Betriebe außerhalb der Ballungsgebiete.
2. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird erstmals ein landeseigenes Innovations- und Technologieförderungsprogramm für diesen Wirtschaftsbereich vorbereiten und durchführen. Ziel dieses Programms wird es sein, kleinen und mittleren Unternehmen, Handwerkern und Erfindern die Nutzung von Innovationen und neuen Technologien durch Landeszuschüsse zu erleichtern.
3. Die Einrichtung von eigenen oder gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen bei kleinen und mittleren Betrieben soll ebenfalls gefördert werden. Die SPD wird die interessierten Verbände und Institutionen des Landes in einem Technologie-Arbeitskreis bei der Landesregierung an einen Tisch holen.

Aktionsprogramm

1. Die SPD wird Subventionen an Unternehmen nur noch mit der Auflage vergeben, wenigstens bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und möglichst neue zu schaffen. Wir werden dafür wirksame Kontrollen entwickeln und Betriebsräte beziehungsweise Gewerkschaften daran beteiligen. Die Wirtschaftsförderung wird um das Instrument der Kapitalbeteiligung ergänzt.

2. Die SPD wird den kommunalen Finanzausgleich verbessern, damit die Gemeinden mehr investieren und mehr Personal im Bereich der humanen und sozialen Dienste einstellen können.
3. Die SPD wird in den gesellschaftspolitisch dringendsten Bereichen des öffentlichen Dienstes neue Planstellen schaffen — zum Beispiel in der Sozialarbeit, in der Bildung, in den Justizvollzugsanstalten, bei der Polizei, bei der Gewerbeaufsicht.
4. Die SPD wird die gleichberechtigte Beschäftigung von Männern und Frauen beim Land und in den Kommunen sicherstellen. Gemeinsam mit dem Landesarbeitsamt werden zusätzlich Umschulungsmaßnahmen entwickelt. Für die Ausbildung von Mädchen in sogenannten „Männerberufen“ werden vom Land Zuschüsse gezahlt.
5. Die SPD wird Programme zur Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes in Beruf, Familie und Gesellschaft für die Landesregierung durch eine Arbeitsgruppe „Gleichstellung von Männern und Frauen“, die dem Ministerpräsidenten zurarbeitet, entwickeln und jährlich über die Ergebnisse berichten.
6. Die SPD wird für den Untereleberaum in Abstimmung mit Hamburg und Niedersachsen ein gemeinsames und einheitliches Förderungssystem entwickeln. Vor weiteren Industrieansiedlungen wird ein ökologischer Gesamtlastplan für die Unterelebe erstellt, der Umweltschutz und Wirtschaftsförderung in Übereinstimmung bringen soll. Die Ansiedlung von Betrieben mit Arbeitsplätzen für die einheimische Bevölkerung wird vorrangig gefördert.
7. Im Hamburger Umland wird die Strukturpolitik durch entsprechende Vereinbarungen mit der Hansestadt zur Gemeinschaftsarbeit Hamburg/Schleswig-Holstein. Betriebsverlagerungen von einem Land ins andere sollen nur noch dann gefördert werden, wenn für die Gesamtregion ein Zuwachs an Arbeitsplätzen erreicht wird.
8. Die SPD wird durch neue Initiativen im Bundesrat eine Konzentration der Mittel für den Ausbau der Infrastruktur in den strukturschwachen Gebieten und im Zonenrandgebiet ansteuern und sich für eine effektive Erfolgskontrolle einsetzen.
9. Die SPD wird besondere regionale Aktionsprogramme vorlegen — für die Weiterentwicklung und Verbesserung der Industriestruktur der größeren Städte, für die verstärkte gewerbliche Förderung im ländlichen Raum, für die Untereleberregion, für den Fremdenverkehr und darüber hinaus ein Konzept für die sektorale Strukturpolitik.
10. Die SPD wird gemeinsam mit der Bundesregierung den Strukturwandel im Schiffbau finanziell fördern, indem sie die Anwendung neuer Technologien im Spezialschiffbau und Produktionsumstellungen unterstützt. Daneben werden zusätzlich zu den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit Hilfen zur Umschulung von Arbeitnehmern gewährt.
11. Die SPD wird der Erneuerung und dem Ausbau vorhandener sowie dem Bau neuer Kohlekraftwerke Vorrang geben. Soweit dafür Ruhrkohle verwendet wird, ist vom Bund ein Frachtkostenausgleich zu gewähren. Das Kernkraftwerk Krümmel erhält erst dann eine Betriebsgenehmigung, wenn die Entsorgung realisiert ist. Für Brunsbüttel ist eine neue Betriebsgenehmigung erforderlich, die nur dann erteilt werden darf, wenn eine weitere Gefährdung der Umwelt ausgeschlossen werden kann. Das Kernkraftwerk Brokdorf soll nicht gebaut werden.
12. Die SPD wird gemeinsam mit den Verbraucherverbänden Energieberatungsstellen einrichten und ein landeseigenes Energiesparprogramm auflegen.
13. Die SPD wird die Beteiligung von Parlamenten und Bürgern an der Standortplanung für Kraftwerke gesetzlich verankern.
14. Die SPD wird die Zuständigkeiten für den Umweltschutz zusammenfassen.

15. Die SPD wird den freien Zugang aller Bürger zu Seen und Wäldern durchsetzen. Sie wird die Kurtaxe abschaffen. Für die Säuberung der Binnengewässer wird ein landeseigenes Programm erstellt und durchgeführt.
16. Die SPD wird sich um eine höhere Priorität für die Westküsten-Autobahn bis Heide bemühen. Sie wird ein Konzept für leistungsfähige Ost-West-Querverbindungen erarbeiten und die Erschließung des zentralen Städtedreiecks vorantreiben.
17. Die SPD wird alle laufenden Straßenbauvorhaben überprüfen, inwieweit vorhandene Trassen genutzt werden können. Beim Ausbau müssen vor allem Ortsumgehungen, Lärmschutzmaßnahmen und gesonderte Verkehrswege für Radfahrer und landwirtschaftlichen Verkehr vorgesehen werden. Für die Landstraßen wird unverzüglich ein Sanierungsprogramm vorgelegt.
18. Die SPD wird sich für ein langfristig vernünftiges Verkehrskonzept einsetzen, in dem die Bahn für den Güter- und den Personenverkehr eine wichtige Rolle spielt. Bei der Bildung von Verkehrsverbänden in den Regionen des Landes wird die SPD-geführte Landesregierung konzeptionelle und finanzielle Hilfe leisten.
19. Die SPD wird für kleinere und mittlere Unternehmen ein landeseigenes Innovations- und Technologieförderungsprogramm vorbereiten und durchführen. Die interessierten Verbände und Institutionen sollen bei der SPD-geführten Landesregierung in einem „Technologie-Arbeitskreis“ zusammenarbeiten.

TEIL 2

Kinderfreundliche Schule und Chancen für die junge Generation

I. Unsere Probleme

In Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein ist bildungs-politisches Schlußlicht

Unsere Kinder werden benachteiligt

Unsere Schulen sind nicht kinderfreundlich

CDU trägt Verantwortung für Bildungssituation

Die SPD für mehr Lehrer und kleinere Klassen

- liegen die Bildungsausgaben pro Einwohner um elf Prozent unter denen im Bundesdurchschnitt, und kein anderer Flächenstaat in der Bundesrepublik gibt so wenig Geld je Einwohner für Bildung aus wie Schleswig-Holstein.
- entfallen auf einen Lehrer mehr Schüler als in allen anderen Bundesländern,
- ist die Zahl der Sitzenbleiber so hoch wie nirgendwo sonst,
- werden Haupt- und Sonderschüler stark benachteiligt; so hatten nach der letzten bundesweiten Vergleichsstatistik fast ein Drittel der Schulabgänger nach neun Jahren keinen Hauptschulabschluss.

Schon diese wenigen Hinweise zeigen die Unfähigkeit der CDU-Landesregierung, die Schule nach den Bedürfnissen und Problemen der Kinder zu gestalten.

Statt dessen erzeugt CDU-Bildungspolitik

- Angst zu versagen,
- Lerndruck, der Neigungen und Begabungen eher verschüttet als weckt,
- ein Klima, in dem gemeinschaftliches Handeln, gegenseitige Rücksichtnahme und Unterstützung verdrängt werden durch die Wahrnehmung vermeintlicher Eigeninteressen,
- den Zwang zu einer viel zu frühen Entscheidung über den gesamten späteren Bildungsweg.

Für diese Schulsituation ist die CDU-Landesregierung allein verantwortlich. Sie ist seit fast 30 Jahren dafür zuständig.

II. Beispiele: Was die CDU getan hat und was die SPD tun wird

- Trotz hohen Unterrichtsausfalls und großer Klassen ist die CDU-Landesregierung nicht bereit gewesen, ausreichend neue Lehrerplanstellen zu schaffen. Die neu eingerichteten Planstellen sind ein unzureichendes Zugeständnis gegenüber der ständig drängenden SPD.

Die SPD wird erheblich mehr Lehrer einstellen. Eine kinderfreundliche Schule ist sonst nicht zu verwirklichen. Die Kinder, die heute zur Schule gehen, dürfen nicht mit der zu erwartenden Entwicklung der Schülerzahlen vertröstet werden. Auch bei rückläufigen Schülerzahlen in den 80er Jahren benötigen wir mehr Lehrer, weil wir kleinere Klassen haben wollen.

Wir wollen mitbestimmende und nicht gegängelte Eltern, Schüler und Lehrer

- Trotz der Notwendigkeit, unsere Schulen von bürokratischer Bevormundung freizuhalten, hat die CDU-Landesregierung alles getan, Lehrer, Eltern und Schüler mit Erlassen, Lehrplänen und Dienstanweisungen einzuengen und zu gängeln.
- Die SPD wird demgegenüber nur den Rahmen gesetzlich regeln und die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Eltern, Schüler und Lehrer ausweiten. Wir wollen ihre Verantwortung stärken und keine alles reglementierende Kultusbürokratie. Die Schüler sollen größere Freiräume, die Lehrer mehr Freiheit bei der Gestaltung des Unterrichts erhalten.
- Die CDU hat aus der Orientierungsstufe eine Auslesestufe gemacht:
 - Ein erheblicher Teil der Kinder wird auf eine niedrigere Schulform abgeschoben,
 - das Elternrecht wird schrittweise ausgehöhlt.
 - Die SPD wird in der Orientierungsstufe das Prinzip der Auslese durch das Prinzip der Förderung ersetzen. Sie wird nach einem demokratischen Entscheidungsprozeß, in den alle Betroffenen einzubeziehen sind, eine möglichst ortsnahe, schulformunabhängige Orientierungsstufe einführen. Diese schulformunabhängige Orientierungsstufe bereitet auf die aufbauenden Schulstufen vor, ohne die Kinder zu früh festzulegen.
- Das neue Schulgesetz der CDU verbessert die Schulsituation nicht, sondern schreibt nur bestehende Gesetze, Vorschriften und Erlasse und die gängige Praxis in Gesetzesform fest.
 - Die SPD hat in etwa hundert Änderungsanträgen dargelegt, wie mehr Chancengleichheit erzeugt werden kann und wie mehr Mit- und Selbstbestimmung möglich wäre.

Orientierung statt Auslese

III. Sozialdemokratische Bildungspolitik für unser Land Was Sozialdemokraten wollen

Die kinderfreundliche Schule bedeutet: Freude am Lernen und Förderung statt Auslese

Die Zukunft unserer Kinder hängt nicht zuletzt auch davon ab, welche Möglichkeiten wir ihnen in den Schulen geben. Wir wissen, daß ein Höchstmaß an Bildung und Ausbildung die beste Gewähr für eine stabile Demokratie ist. Die Schule selbst muß für alle Beteiligten zu einem Lebensbereich demokratischer Selbstverwirklichung werden.

- Die SPD will eine kinderfreundlichere Schule.
- Das schleswig-holsteinische Schulwesen soll in Übereinstimmung mit den Zielvorstellungen des Bildungsgesamtplans von 1973 und des Strukturplans des Deutschen Bildungsrats und unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Richtung auf ein integriertes System fortentwickelt werden.

Verantwortung auch für Benachteiligte

- Wir werden uns in unserer Schulpolitik den Benachteiligten zuwenden. Dies gilt vor allem für
- Kinder vom Lande, für die gleiche Lernchancen geschaffen werden müssen,
 - Mädchen und Jungen, die im Lehrplan nicht auf ein einseitiges Berufs- und Rollenbild festgelegt werden dürfen,

- für ausländische Kinder werden an den betreffenden Grund- und Hauptschulen verstärkt Förderkurse eingerichtet, um den Schulerfolg in der altersgemäßen Klasse zu ermöglichen. Es ist beabsichtigt, an den Hauptschulen die Muttersprache anstelle der Fremdsprache zuzulassen. Ausländische Kinder sollen bei der Ermittlung der Klassen- beziehungsweise Kursstärke doppelt gezählt werden,
- Arbeiterkinder, die bei weiterführenden Abschlüssen noch immer benachteiligt sind,
- Kinder, deren Lernvoraussetzungen schlechter oder die in anderer Weise behindert sind.

Recht auf Gesamt-
schulbesuch

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur integrierten Gesamtschule:

- Die Gesamtschule ermöglicht weitgehend ein druckfreies, kindgemäßes Lernen, weil ihr pädagogisches Leitmotiv Förderung statt Auslese ist.
- Sie gibt den Kindern mehr Chancen, weil sie nicht wie das gegliederte Schulwesen Schulabschlüsse frühzeitig festlegt. Sie hält individuelle Entwicklungsmöglichkeiten offen.
- Sie ermöglicht neue Formen der Selbstbestimmung der Schüler, der aktiven Mitarbeit der Eltern und der Zusammenarbeit der Lehrer untereinander.
- Sie gibt den Kindern in der musischen und kreativen Tätigkeit breite Entwicklungsmöglichkeiten.
- Besonders als Ganztagschule fördert sie die notwendige freie Entfaltung der Kinder.
- Es sollen auch andere Schulformen erprobt werden, die ihrer Struktur nach der Gesamtschule entsprechen, wie zum Beispiel die Waldorfschulen.

Die Gesamtschule ist eine kinderfreundliche Schule. Nachprüfbar ist diese Aussage an der erfolgreichen Arbeit der bestehenden Gesamtschulen – auch in Schleswig-Holstein. Gleichzeitig betonen wir, daß die Gesamtschule eine Zielvorstellung ist, die schrittweise verwirklicht werden muß.

Wir Sozialdemokraten werden das in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit Eltern, Lehrkräften, Schülern und Schulträgern tun. Wir werden das Netz an Gesamtschulen ausbauen, daß alle Eltern, die das wünschen, ihr Kind auf eine Gesamtschule schicken können. Die Gesamtschule wird als Angebotsschule und damit als Regelschule neben den bestehenden Schulen zur Verfügung stehen.

Die Größe der
Schule muß dem
Kind entsprechen

Neben dem Elternhaus ist die Schule der wichtigste Lebensraum des Kindes. Deshalb sollen Schulen so gestaltet werden, daß die Kinder in der Schule Freude haben und daß sie Kontakte zu den Mitschülern und den Lehrern haben.

Für Gesamtschulen reichen grundsätzlich drei Parallelklassen aus; deshalb können diese Schulen kleiner sein und wesentlich näher beim Elternhaus liegen als viele bestehende Realschulen und Gymnasien in Schleswig-Holstein.

Schule, Berufsausbildung, Weiterbildung

Kleinere Klassen durch mehr Lehrer

1. Die SPD wird sich bemühen, durch den Einsatz von mehr Lehrern die Schülerzahl pro Klasse zu verringern. Sie wird so viele Planstellen zur Verfügung stellen, daß die vorgesehenen Stunden auch erteilt werden können. Deshalb werden wir auch alle Lehramtsanwärter ihre Ausbildung beenden lassen.

Mittelfristig sollen bei vollem Unterricht höchstens 30 Schüler zu einer Klasse gehören. Das würde eine durchschnittliche Klassengröße von 25 Schülern bedeuten, weil Klassen schon beim Überschreiten der Zahl 30 geteilt werden müßten.

Um Unterrichtsausfall zu vermeiden, wollen wir immer einige Lehrerstellen als „Feuerwehr“ in Reserve halten. Um die Lehrer von unterrichtsfremden Arbeiten zu entlasten, wollen wir technisches Hilfspersonal einstellen. Der Druck durch festgelegte Lehrpläne auf Schüler und Lehrer wird durch neue Richtlinien gemildert.

Sie werden ein Mindestmaß an verpflichtenden Unterrichtsinhalten festlegen und eine Sammlung von Materialien und Angeboten zur Auswahl stellen.

Maßnahmen, die Schule kinderfreundlicher zu machen

2. Als weitere Schritte zu einer kinderfreundlicheren Schule sehen wir vor,
 - stärkere Berücksichtigung der Fächer Kunst, Musik und Sport. Besondere Leistungen in diesem Bereich gleichen Lernschwächen in anderen Fächern aus. Wir werden mehr Ausbildungskapazität für Lehrer im musischen Bereich bereitstellen.
 - Verzicht auf Zensuren in den ersten beiden Klassen; statt dessen eine allgemeine Beurteilung, die für Schüler und Eltern hilfreich ist,
 - pädagogische Fördermaßnahmen statt Sitzenbleiben, vorrangig in der Grundschule.
 - Der Klassenlehrer erhält Verfügungsstunden für die besondere Betreuung seiner Klasse.

Einheitliche, inhaltliche Konzeption für die Vorschule

3. Alle Fünfjährigen sollen eine vorschulische Erziehung erhalten. Dies kann im Kindergarten oder in der Vorschule geschehen. Für die Ausarbeitung einer Konzeption bedarf es der Abstimmung mit den Trägern.

4. Räumlich benachbarte Schulen werden organisatorisch verbunden. So können Schulen auch dann noch weitergeführt werden, wenn sie pro Jahrgang nur noch eine Klasse haben.

Heilpädagogische Maßnahmen für Behinderte

5. An Kindergärten und Kindertagesstätten, an Schulkindergärten, Vorschulen und Grundschulen ist die heilpädagogische Behandlung behinderter Kinder zu ermöglichen, um Schulbedürftigkeit, soweit möglich, von vornherein zu verhindern.

An größeren Schulen und Schulzentren werden Schulpsychologen eingestellt.

Einführung des
10. Schuljahres
für Haupt- und
Sonderschüler

6. Für Haupt- und Sonderschüler wird die Schulzeit auf zehn Jahre erweitert. Auch an den Hauptschulen müßte es „Sitzenbleibern“ möglich sein, ohne große Formalitäten zu einem Abschluß zu kommen. Hauptschüler erhalten die Möglichkeit zu weiterführenden Abschlüssen. Eine Angliederung von Sonderschulen an andere Schulen ist anzustreben.
7. Die gesetzliche Regelung für die Schülerbeförderung muß sicherstellen, daß Kinder aller Schulformen bis zum zehnten Schuljahrgang zur Schule gefahren werden, wenn die Länge des Schulweges oder besondere Gefährdungen dies erforderlich machen.

Für die Schülerbeförderung müssen mindestens dieselben Bestimmungen wie im öffentlichen Personenverkehr gelten. Das betrifft besonders die Sicherheit der Kinder und die Zahl der in einem Bus beförderten Fahrgäste. Der Schulträger muß die Beachtung der Vorschriften überwachen.

Alle Schulen
sollen besser auf
den Beruf vor-
bereiten

8. Alle Schulen sollen besser als bisher auf den Beruf vorbereiten. Schüler aller allgemeinbildenden Schulen sollen ab dem siebten Schuljahr Einsichten und Kenntnisse über die Arbeitswelt und die Berufsbildungsmöglichkeiten vermittelt bekommen. Das gilt insbesondere für das zehnte Schuljahr. Bildungs- und Berufsberatung sind entsprechend zu verbessern.

Kein Hinein-
regieren in die
Schule

9. Eltern, Schüler und Lehrer gestalten in dem vom Land und vom Schulträger bestimmten Rahmen ihre Schule. Die Schulkonferenz ist oberstes Beschlußorgan. In ihr dürfen die Lehrer nicht über die absolute Mehrheit verfügen.

Jugendarbeits-
losigkeit
bekämpfen

10. Jugendarbeitslosigkeit und Mangel an Ausbildungsplätzen sind unzumutbar in einer Gesellschaft, die sich sozial nennen will. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft haben die Pflicht, Ausbildungsplätze zusätzlich zu schaffen, um für die geburtenstarken Jahrgänge zu sorgen.

Die CDU-Landesregierung hat in Schleswig-Holstein kaum Anstrengungen unternommen, um die Arbeits- und Ausbildungslosigkeit von Jugendlichen zu bekämpfen. Die SPD setzt sich für umfassende Maßnahmen ein, um das Recht auf Ausbildung durchzusetzen.

11. Wer keine Ausbildung bekommen hat, wird besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht. Die SPD will daher, daß jeder Jugendliche eine Berufsausbildung erhält.

Eine Ausbildung für alle ist auch deshalb notwendig, um für die Zukunft qualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten.

Die SPD wird alles unternehmen, um die öffentlichen Verwaltungen und die Wirtschaft zu veranlassen, ihre Verpflichtungen zur Ausbildung zu erfüllen, damit mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Jeder soll eine
Berufsausbildung
erhalten

- Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß die Ausbildungsplatzabgabe erhoben wird, wenn die Zahl der angebotenen Plätze nicht wenigstens um 12,5 Prozent über der Nachfrage liegt.

- Zur Kontrolle eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots wird eine Meldepflicht für Ausbildungsplätze angestrebt.
- Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen sind stärker als bisher in den traditionell männlichen Berufen zu eröffnen. Den Betrieben werden dafür Zuschüsse gewährt.
- Das Ausbildungsplatzangebot muß in wirtschaftlich schwachen Gebieten durch ein außerbetriebliches Angebot ergänzt werden.
- Wer kein betriebliches oder außerbetriebliches Ausbildungsverhältnis hat, soll in einer beruflichen Schule eine mindestens zweijährige Ausbildung erhalten. Diese soll zusammen mit dem Schulabschluß berufliche Abschlüsse oder aufeinander aufbauende Teilabschlüsse vermitteln.
- In Fachgymnasien sind neben den allgemeinbildenden Abschlüssen berufliche Abschlüsse oder Teilabschlüsse zu vermitteln.

Schulisches
Berufsgrund-
bildungsjahr
einführen

12. Das Berufsgrundbildungsjahr soll das erste Lehrjahr ersetzen. Der Unterricht muß deshalb auf Berufsfeldbreite erfolgen. Das Berufsgrundbildungsjahr muß schrittweise jeweils in bestimmten Bereichen des Landes nach Berufsfeldern für alle Jugendlichen eingeführt werden.

Der Unterricht erfolgt an der Berufsschule. Dabei ist zu gewährleisten, daß der Hauptschulabschluß erworben werden kann.

13. Im ersten Berufsschuljahr soll der wöchentliche Berufsschulunterricht mindestens zwölf Stunden betragen (zwei Schultage).

In allen Berufsschulen des Landes wird ein regelmäßiger, obligatorischer Sportunterricht schrittweise verwirklicht.

Studienstufe
ermöglicht auch
berufsqualifizie-
rende Abschlüsse

14. Im Anschluß an die Mittelstufe vertieft die Schule die allgemeine und berufsorientierende Bildung. Sie bereitet auf die Aufnahme eines Hochschulstudiums vor und/oder vermittelt fachtheoretische und fachpraktische Fähigkeiten und Fertigkeiten.

Die Studienstufe, zu der die Oberstufen benachbarter Gymnasien und Fachgymnasien zusammengefaßt werden können, ermöglicht den Hochschulzugang und berufsqualifizierende Abschlüsse.

Benachteiligte
Jugendliche
müssen besonders
gefördert werden

15. Wer keinen Schulabschluß erreicht, hat nur eine geringe Chance, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Für diese benachteiligten Jugendlichen sind vorzusehen:

- Recht auf verlängerten Schulbesuch, um den Haupt- oder Realschulabschluß zu erreichen.
- Ein berufsbefähigendes Vollzeitschuljahr an den beruflichen Schulen, das ein Nachholen des Hauptschulabschlusses ermöglicht.
- Ausbau des Jugendaufbauwerks für Jugendliche, die bei der Schulentlassung noch nicht reif für die Aufnahme einer Berufsausbildung sind.
- Berufsbefähigende Sondermaßnahmen für behinderte Jugendliche.

Weiterbildung
und
Bildungsurlaub

16. Anknüpfend an den Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion zum Bildungsurlaub soll mit einem Weiterbildungsgesetz und einem Bildungsurlaubsgesetz die Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein neu geregelt werden. Weiterbildungszentren, vor allem die kommunalen Volkshochschulen, sollen die Zusammenarbeit der verschiedenen Einrichtungen und Träger organisieren, um ein flächendeckendes Netz von Einrichtungen zu gewährleisten.

Hochschule

Hochschulen
brauchen mehr
Eigenständigkeit

1. Die SPD bejaht und fördert den Grundsatz der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium. Diese Freiheit schließt die Mitverantwortung für ihre gesellschaftlichen Folgen ein.
2. Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein ist zunächst an den durch das Bundesverfassungsgericht und das Hochschulrahmengesetz gegebenen Rahmen gebunden. Dieser entspricht jedoch nicht sozialdemokratischen Grundsätzen von einer demokratischen Hochschule.

Wir wollen die Hochschulen von staatlich-bürokratischer Bevormundung befreien, ihre Eigenständigkeit stärken und die Selbstverwaltung nach demokratischen Grundsätzen ermöglichen. Unsere hochschulpolitischen Ziele können nur durch ein neues Landeshochschulgesetz erreicht werden. Soweit rahmenrechtliche Bestimmungen ihnen entgegenstehen, streben wir eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes an.

3. Der Landtag bestimmt die Strukturen der Hochschule im Grundsatz und legt die Grundzüge der Ausbauplanung in einem regelmäßig fortzuschreibenden Hochschulgesamtplan fest. Er entscheidet über die Höhe der Haushaltsmittel. Dabei ist auf den Abbau des Numerus clausus durch eine gezielte Beseitigung von Engpässen und eine wirkungsvollere Verwendung von Steuergeldern hinzuwirken.

Technokratische Vorstellungen von Regelstudienzeit sind keine Hilfe bei der Schaffung von Studienplätzen. Die Hochschule stellt den Hochschulentwicklungsplan und einen Wirtschaftsplan auf und hat Dienstherrenfähigkeit.

4. In den Hochschulen muß Mitbestimmung praktiziert werden. Ein Ordnungsrecht für Studenten, wie es in Schleswig-Holstein gehandhabt wird, ist abzulehnen. Bei Straftaten sind die für alle Bürger geltenden Gesetze ausreichend, wenn sie angewandt werden.
5. Vom Staat dürfen die Hochschulen weder politisiert noch aus der Politik ausgeschlossen werden. Sie können ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nur gerecht werden, wenn ihre Gremien nicht durch ein eng ausgelegtes hochschulpolitisches Mandat entmündigt werden.

Hochschulpolitik und allgemeine Politik lassen sich in der Regel nicht voneinander trennen.

6. Das Hochschulstudium soll für Berufe qualifizieren, in denen wissenschaftliche Erkenntnisse entwickelt oder angewandt werden oder in denen künstlerisch gestaltet wird. Dabei kann nicht zwischen verschiedenen Graden von Wissenschaftlichkeit und nach Graden des Praxisbezuges unterschieden werden, wie dies heute noch geschieht. Die SPD tritt für ein Hochschulwesen ein, das in Gesamthochschulen nach den beruflichen Tätigkeitsfeldern gegliedert ist, für die ausgebildet wird.
- Der Hochschulstandort Flensburg muß ausgebaut werden
7. Schleswig-Holstein braucht mehr Studienplätze. Vor allem sind von der CDU technische Studieneinrichtungen vernachlässigt worden. Sie hat den gesetzlichen Auftrag nicht erfüllt, in Flensburg eine Technische Hochschule zu errichten. Um ein weiteres Zurückbleiben des nördlichen Landesteils zu verhindern, muß deshalb vor allem der Hochschulstandort Flensburg ausgebaut werden. Neben dem zügigen Ausbau der dort bereits jetzt angebotenen Studiengänge sind deshalb unverzüglich technische und pädagogisch-technische Aufbaustudiengänge mit Diplom-Abschluß und für die Ausbildung von Berufsschullehrern einzurichten.
- Fachhochschulen werden attraktiver gemacht
8. Die Fachhochschulen attraktiver zu machen ist ein Beitrag zum Abbau des Numerus clausus. Die Fachhochschulen sind deshalb in den Stand zu setzen, Forschungsvorhaben durchzuführen, die Arbeitsbedingungen der Hochschul-Lehrer (Professoren) und Studenten sind wesentlich zu verbessern. Neue Studiengänge mit der Möglichkeit von Aufbaustudien sind unverzüglich einzurichten.

Jugendpolitik

1. Jugendpolitik muß dazu beitragen, die heranwachsende Generation zur Verantwortung für die Weiterentwicklung der Gesellschaft zu erziehen. Deshalb muß für jedes Kind, für jeden Jugendlichen das Recht auf Erziehung und Bildung gewährleistet sein.

Erziehung zur Verantwortung für die Gesellschaft ist die beste Abwehr gegen Verhaltensstörungen, Kriminalität, Drogenmißbrauch, Duckmäusertum und gesellschaftliche Randständigkeit. Sie leistet damit einen Beitrag zur Festigung und Weiterentwicklung unserer Demokratie und verhindert Kosten im Bereich von Sozialhilfe und Strafvollzug.

Um diesen Anspruch zu erfüllen, brauchen wir eine Gesamtkonzeption, die die traditionelle Zuständigkeitsverteilung und die damit verbundenen Kostenträgerschaften überwindet und sich an sachlichen Erfordernissen und am Wohl der Jugendlichen orientiert. Regelungen wie das vom Bund geplante neue Jugendhilfegesetz müssen durch Landesgesetze ausgefüllt werden.

2. In Schleswig-Holstein muß das System von Bildung und Beratung für Eltern und Familien ausgebaut werden:
- In Elternschulen können Eltern lernen, ihren Kindern zu helfen; Zusammenarbeit in der Weiterbildung soll vor allem mit den Volkshochschulen gepflegt werden.

- In der Elternberatung brauchen wir regelmäßige Sprechstunden von Pädagogen, Ärzten und Schulpsychologen für Fragen der Erziehung, Bildungsmöglichkeiten und der Berufsaussichten der Kinder.
 - Die Erziehungsberatungsstellen müssen so ausgestattet werden, daß zusammen mit anderen Beratungsstellen flächendeckende Ehe- und Familienberatung sowie Sozial- und Sexualberatung möglich wird. Bereits eingeleitete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden als Planstellen fortgeführt. Für Kinder, Jugendliche und Eltern werden Therapiegruppen eingerichtet.
 - Umfassende Aufklärungsmaßnahmen an Schulen und in anderen Einrichtungen, Erziehung zur Selbständigkeit sind die wirksamsten Mittel gegen Alkohol- und Drogenmißbrauch. Suchtberatung muß sich an erfolgreichen Vorbildern orientieren. Die SPD strebt deshalb den Einsatz von „Street Workers“ an, die Jugendliche in ihren Treffpunkten aufsuchen sollen.
3. Auch die Einrichtungen der Jugendhilfe müssen in Schleswig-Holstein erheblich verbessert werden. Kindergartenplätze gibt es zwar beinahe ausreichend, sie sind jedoch zu teuer. Offene Jugendarbeit ist noch immer von glücklichen Zufällen abhängig und steht häufig unter politischer Kontrolle. Eine SPD-geführte Landesregierung wird darauf hinwirken, daß
- die Beiträge in den Kindergärten durch Landeszuschüsse so gestaltet werden, daß der Kindergartenbesuch für alle Eltern erschwinglich wird,
 - Eigeninitiativen von Eltern gefördert werden, wenn sie pädagogischen und technischen Ansprüchen genügen,
 - wir Hilfen anbieten, damit vor allem die Kinder aus kinderreichen Familien Horte mit guter pädagogischer Betreuung aufsuchen können,
 - landesweite Jugendzentrums-Bedarfspläne erstellt werden, in denen auch der ländliche Raum berücksichtigt wird.
4. Im Rahmen der Jugendhilfe wird die SPD den Bau und die Unterhaltung von Jugendzentren fördern. In den Jugendzentren müssen die Jugendlichen die Möglichkeit haben, unter Anleitung von Fachpersonal Formen der Mitbestimmung und Selbstverwaltung zu erproben und zu praktizieren. Jugendzentren sollten gleichzeitig Bildungszentren sowohl für Jugendliche als auch für die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräfte in der offenen Jugendarbeit sein. Drogen- und Suchtberatung, Fragen der sozialen Sicherheit der Jugendlichen, müssen im Jugendzentrum ihren Ort haben.
5. Die Jugendverbände müssen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben besser wahrzunehmen als bisher. Neue Aufgaben – so etwa Modelle zur Lösung jugendspezifischer Probleme – werden großzügig gefördert.
6. Als Alternative zu Elternhaus und Heimerziehung werden therapeutische Wohngruppen mit fachlicher Betreuung gefördert. Für

- die Wiedereingliederung straffällig gewordener Jugendlicher in die Gesellschaft werden mehr Mittel bereitgestellt.
7. Die Jugendpresse als wichtiger Bestandteil der Meinungsfreiheit ist ohne Gesinnungsschnüffelei zu fördern. Für sie gelten die bestehenden Gesetze, insbesondere das Presserecht.
 8. Schüler- und Jugendgruppen können sich frei von Gesinnungsschnüffelei und politischer Bevormundung innerhalb und außerhalb der Schulen und Freizeistätten betätigen.
 9. Um allen Familien Hilfe und Rat in Einrichtungen der Erziehungs- und Elternberatung zu geben, werden in sozialen Brennpunkten neue Einrichtungen geschaffen. Die Mitarbeiter dieser Beratungsstellen bauen durch „street work“ und Hausbesuche die Schwellenangst der Klienten ab. In ambulanten Gruppen werden auch durch entsprechende schulische Rehabilitation Heimeinweisungen verhindert.
 10. Die stationäre Betreuung im Jugendheim muß bei Problemkindern die letzte Möglichkeit bleiben. Die SPD will deshalb Adoptionen, die Betreuung in Pflegefamilien, heilpädagogischen Pflegefamilien, Wohngemeinschaften, Jugendpensionen oder im Jugendaufbauwerk besonders fördern.
 11. Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß die Träger der Jugendhilfemaßnahmen zum Beispiel in Jugendhilfezentren kooperativ zusammenarbeiten. Sie liegt ein Bekenntnis ab zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden, den Jugendverbänden und den Gemeinden und den örtlich zuständigen Trägern der Jugendhilfe.

Aktionsprogramm

20. Die SPD wird alle in Schleswig-Holstein ausgebildeten Lehrer einstellen. Wir wollen damit die durchschnittliche Klassengröße zunächst auf 28 und mittelfristig auf 25 Schüler senken. Dann darf keine Klasse mehr als 30 Schüler haben.
21. Die SPD wird in einem neuen Schulgesetz die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte von Eltern, Schülern und Lehrern ausweiten.
22. Die SPD wird in der Orientierungsstufe das Prinzip der Auslese durch das Prinzip der Förderung ersetzen. Gemeinsam mit den Betroffenen soll eine möglichst ortsnahe, schulformunabhängige Orientierungsstufe eingeführt werden.
23. Die SPD wird das dreigliedrige Schulsystem in einem wissenschaftlich begleiteten Versuch untersuchen. Sie wird gleichzeitig das Netz an Gesamtschulen schrittweise dort ausbauen, wo Eltern das wünschen. Die Gesamtschule wird den Eltern neben den bestehenden Schulen angeboten, damit das Elternrecht auch für Gesamtschulen realisiert wird.
24. Die SPD wird die Schule so weiterentwickeln, daß Lernen wieder Freude macht. Sie wird den Unterricht in Kunst, Musik und Sport verstärken. Sie wird in den ersten beiden Klassen auf Zensuren verzichten und in der Grundschule das Sitzenbleiben reduzieren unter zusätzlicher Förderung der schwächeren Kinder.

25. Die SPD wird für eine vorschulische Erziehung aller Fünfjährigen eintreten. Vorschulische Erziehung kann im Kindergarten oder in der Vorschule stattfinden.
26. Die SPD wird die Schulzeit für Haupt- und Sonderschüler auf zehn Jahre verlängern. Wer dann noch keinen Abschluß hat, darf noch ein Jahr dranhängen. Für Hauptschüler soll die Möglichkeit wesentlich erweitert werden, anschließend weiterführende Schulen zu besuchen.
27. Die SPD wird für die Schüler aller allgemeinbildenden Schulen vom 7. Schuljahr an das Fach Arbeitslehre einführen, das Einsichten und Kenntnisse über die Arbeitswelt und die Möglichkeiten der Berufsbildung vermittelt.
28. Die SPD wird eine Konzertierte Aktion zur Berufsbildung einberufen, in der öffentliche Arbeitgeber, Gewerkschaften, Wirtschaft, Lehrer und Eltern regelmäßig zusammenkommen, um die Situation bei den Ausbildungsplätzen zu beraten und Hinweise zu entwickeln, wo verstärkte Anstrengungen erforderlich sind.
29. Die SPD wird sich deshalb in Bonn dafür einsetzen, daß die Ausbildungsplatzabgabe erhoben wird und daß eine Meldepflicht für Ausbildungsplätze nach dem Arbeitsförderungsgesetz eingeführt wird.
30. Die SPD wird den Ausbau der zweijährigen Berufsfachschulen vorantreiben. Das Berufsgrundbildungsjahr wird schrittweise jeweils in bestimmten Bereichen des Landes nach Berufsfeldern für alle Jugendlichen eingeführt.
31. Die SPD wird mit einem Weiterbildungsgesetz und einem Bildungsurlaubsgesetz die Erwachsenenbildung neu regeln.
32. Die SPD wird ein neues Hochschulgesetz vorlegen und sich um eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes bemühen. Dabei wollen wir die Mitbestimmungsrechte der Gruppen ausbauen und das Ordnungsrecht für Studenten abschaffen.
33. Die SPD wird vorrangig den Hochschulstandort Flensburg ausbauen, wobei unverzüglich technische und pädagogische Aufbaustudiengänge mit Diplom-Abschluß und für die Ausbildung von Berufsschullehrern eingerichtet werden müssen.
34. Die SPD wird nach dem Grundmuster des Jugendhilfegesetzes des Bundes für Schleswig-Holstein ein eigenes Jugendhilfegesetz erarbeiten, in dem den Jugendlichen und ihren Eltern Rechtsansprüche auf Hilfe gegeben werden. Die entsprechenden Einrichtungen wie Elternschulen, Beratungsstellen, Therapiegruppen, werden nach einem Stufenplan mit Unterstützung des Landes geschaffen.
35. Die SPD wird einen landesweiten Jugendzentrums-Bedarfsplan erstellen, an dem sich die Förderung aus Landesmitteln in den nächsten Jahren orientieren soll. In den Jugendzentren werden Formen der Mitbestimmung und Selbstverwaltung erprobt und praktiziert.
36. Die SPD wird Jugendzentren vor allem bei der Integration von Problemgruppen großzügig fördern. Schüler- und Jugendgruppen können sich frei von Gesinnungsschnüffelei und politischer Bevormundung innerhalb und außerhalb der Schulen und Freizeitstätten bewegen. Die Richtlinien des Kultusministeriums beziehungsweise des Landesjugendamtes werden entsprechend geändert.

TEIL 3

**Alle Menschen haben ein Recht auf Hilfe.
Wir werden unsere Kinder, Heranwachsenden
und älteren Mitbürger nicht allein lassen.
Die Kranken und Behinderten brauchen
unsere Solidarität.**

I. Unsere Probleme

Immer mehr
Menschen
werden krank

Das Leben in unserer technisierten und komplizierten Welt ist immer hektischer geworden. Gleichzeitig belastet unser auf immer mehr Gewinn und privaten Verbrauch ausgerichtetes Wirtschaftssystem die menschlichen Beziehungen.

Durch die Bedingungen der industriellen Arbeitswelt entstehen akute Gesundheitsgefährdungen. Der Zwang zu fremdbestimmten und eintönigen Arbeiten führt zu seelischen und körperlichen Leiden. Die Technisierung und die Trennung von Arbeit und Wohnen wirken auf Lebensweise und Verhaltensgewohnheiten der Menschen nachteilig ein. Immer mehr Menschen werden nicht nur körperlich krank, sondern erleiden auch psychische Störungen.

Arbeits- und Verkehrsunfälle verursachen den größten Teil aller körperlichen Schäden. Die Gefährdung der Menschen durch Vergiftungen und Verseuchungen der Umwelt nimmt zu.

Vorbeugende
Sozialpolitik
ist nötig

Viele Kinder protestieren durch Verhaltensstörungen gegen ihre Umwelt, viele Jugendliche und Erwachsene flüchten in den Rauschmittelmißbrauch oder „trösten“ sich mit Alkohol. Und viele unserer älteren Mitbürger werden nach einem langen Arbeitsleben mit sich allein gelassen.

Deshalb brauchen wir eine Sozial- und Gesundheitspolitik, die vor allem auf Vorbeugung ausgerichtet ist.

Vorbeugung in diesem Sinne kann nur heißen, eine grundlegende Humanisierung der Arbeitswelt anzustreben. Das bedeutet langfristig eine völlige Umorientierung der Gesundheits- und Gesellschaftspolitik. Es ist notwendig, die Ursachenforschung auf diesem Gebiet erheblich zu verstärken und daraus konkrete Veränderungsmaßnahmen zu entwickeln. Die damit verbundenen Veränderungen der Formen der Produktion werden auf erhebliche politische Widerstände stoßen. Sie sind deshalb kurzfristig nicht durchsetzbar. Deshalb müssen wir für ein umfassendes Angebot an medizinischer, sozialer und psychologischer Betreuung und Behandlung sorgen.

Mangelversorgung
in
Schleswig-Holstein

Hieran mangelt es in Schleswig-Holstein. Es gibt zuwenig ausgebauten Sozialstationen und kein bürgernahes Angebot an Beratung und Hilfe für seelische Leiden. In den zu großen Landeskrankenhäusern herrscht Mangel an Ärzten, Psychologen, Sozialpädagogen, Erziehern und Pflegepersonal und an Möglichkeiten für die Wiedereingliederung in die Gesellschaft. In ländlichen Gebieten

und an den Rändern der großen Städte fehlen noch immer Ärzte und Zahnärzte.

Der öffentliche Gesundheitsdienst erfüllt nicht seine hauptsächliche koordinierende Aufgabe, zum Beispiel auf dem Gebiet der Krankenhausplanung, der Gesundheitsaufklärung und Gesundheits-erziehung, der Beratung, Betreuung und Behandlung von Risiko-gruppen, des Umweltschutzes, der Umwelthygiene.

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist überdies personell unter-besetzt. Vorbeugung durch Aufklärung und Überwachung sind nur in geringem Umfang möglich. Die Gewerbeaufsicht kann ihre Auf-gabe nicht erfüllen.

Es gibt zuwenig
Zusammenarbeit

Die verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens arbeiten immer noch zuwenig zusammen. Das führt zu unnötigen Belastun-gen der Patienten und zu zusätzlichen Kosten. Zum Beispiel ist der Bedarf an frei praktizierenden Ärzten und an Krankenhausbetten nicht miteinander abgestimmt. Und viele pflegebedürftige Men-schen werden in Krankenhäusern festgehalten, weil es nicht ge-nügend flankierende Einrichtungen gibt.

Die CDU-Landesregierung ist gegen eine Verzahnung zwischen den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens. Sie hat die sozialen Dienste der freien Verbände finanziell nicht ausreichend abgesichert.

Risiken und
Lasten sind
ungleich verteilt

Die vorrangige Diskussion über die Kostenexplosion im Gesund-heitswesen hat den Blick für den humanen Gehalt der Gesundheits-politik getrübt und das Nachdenken auf sehr wenige, politisch realisierbar erscheinende Konsequenzen reduziert. Die ständige Abwälzung der sozialen und gesundheitlichen Kosten der Wirt-schaft auf die Versicherten wird bewußt übersehen. Das beweist die grobe Vernachlässigung der arbeitsmedizinischen Dienste. Arbeitsmedizinische Lehrstühle an den Universitäten fehlen. Eine Ursachenforschung wird nicht betrieben.

CDU steht Sozial-
staat skeptisch
gegenüber
Die CDU will lieber
Almosenpolitik

Deshalb betreibt die CDU eine Politik, die dem einzelnen die sozia-len Risiken aufbürden will. Deshalb steht die CDU einem ausge-bauten Sozialstaat skeptisch und ablehnend gegenüber.

Das hat seinen Grund darin, daß die CDU in ihrer Sozial- und Gesundheitspolitik noch immer davon ausgeht, daß die Betroffen-en an ihrem Schicksal mitschuldig sind. Statt Rechtsansprüchen würde die CDU lieber staatliche Almosenpolitik sehen. Nach den gesellschaftlichen Ursachen von Not wird kaum gefragt, nach dem Prinzip der Solidarität mit den Schwächeren wird nicht gehandelt. Von einem ausgebauten Sozialstaat hält die CDU wenig.

II. Beispiele: Was die CDU getan hat und was die SPD tun wird

Trotz des anerkannten Grundsatzes auf gleiche medizinische Ver-sorgung für alle Bürger fördert die CDU-Landesregierung eine Krankenhausstruktur, die unterschiedliche Pflegequalität und private Liquidation zuläßt.

Die SPD will die Krankenhäuser so gestalten, daß die Behandlung allein nach der Schwere der Krankheit erfolgt. Das private Liqui-dationsrecht wird abgeschafft, weil medizinische Versorgung und Betreuung nicht vom Einkommen abhängig sein dürfen.

Durch die CDU-Landesregierung droht die Gefahr, daß in schleswig-holsteinischen Krankenhäusern die Personalbesetzung ohne ausreichend differenzierte, sachgerechte Prüfung beschnitten und unter das Bundesniveau gesenkt wird. Die SPD wird dafür sorgen, daß im Interesse der Bevölkerung der Leistungsstand der Krankenhäuser unseres Landes nicht durch rigorose Wirtschaftsprüfungen gesenkt wird.

Trotz der ständig steigenden Zahl älterer Mitbürger und trotz der allgemeinen Erfahrung, daß sich alte Menschen in ihrer angestammten Umgebung am wohlsten fühlen, hat die CDU-Landesregierung keine Konsequenzen gezogen. In Schleswig-Holstein gibt es zu wenig altengerechte Wohnungen und kein flächendeckendes Angebot an sozialen Diensten. Und für die Pflegebedürftigen reichen die flankierenden Einrichtungen nicht aus.

Eine aktivierende Altenhilfe dient der Bewahrung der Selbständigkeit auch im Alter. Deshalb muß ein umfassendes Angebot an ambulanten, psychologischen, sozialen und medizinischen Diensten den älter werdenden Mitbürger ermöglichen, in der selbst gewählten Umgebung zu bleiben. Der Bau altersgerechter Wohnungen hat Vorrang vor der Errichtung von Altersheimen.

Politik für den dritten Lebensabschnitt darf nicht erst im Alter einsetzen. Sie beginnt bereits mit der Notwendigkeit, jungen Menschen eine Persönlichkeitsentwicklung zu ermöglichen, die auf ein Altwerden in Mitverantwortung, sozialer Sicherung und in individueller Freiheit vorbereitet.

Die SPD lehnt eine zunehmende Kommerzialisierung und Privatisierung der Dienste an alten und behinderten Menschen ab. Die soziale Vorsorge und Betreuung bleibt eine vorrangige öffentliche Aufgabe, deren Durchführung in enger Zusammenarbeit mit den freiwilligen Hilfsorganisationen erfolgen soll.

Mitbestimmung und Mitverantwortung dürfen vor den Einrichtungen für ältere und hilfsbedürftige Mitbürger nicht haltmachen. Die SPD wird Mitbestimmungsformen entwickeln, die zu einer den Besonderheiten der jeweiligen Einrichtung angemessenen Selbstverwaltung und Mitgestaltung führen. Der Standard bestehender Einrichtungen muß verbessert werden. Und die SPD wird den Gemeinden und Wohlfahrtsverbänden helfen, mehr Bürgerbegegnungsstätten zu schaffen.

Bürgernahe Dienste für Behinderte

Trotz der vermehrten Anzahl seelischer Erkrankungen hat es die CDU-Landesregierung bisher versäumt, die Versorgung und Betreuung dieser Kranken menschenwürdig zu gestalten. Noch immer müssen viele Patienten aus Mangel an Behandlung und Betreuung vor Ort in die geschlossenen Abteilungen der Landeskrankenhäuser eingewiesen werden. Weil auch dort Personal fehlt, reicht es meist nur zur „Verwahrung“ – die Patienten werden nicht befähigt, mit ihren Lebensproblemen und mit ihrer Erkrankung fertig zu werden.

Die SPD wird ein Angebot bürgernaher Dienste für psychisch Kranke und Behinderte und ihre Angehörigen schaffen, damit sie unmittelbare soziale und persönliche Hilfen erhalten. Dabei muß die Wiedereingliederung in die Gesellschaft im Mittelpunkt stehen.

Deshalb dürfen diese Menschen nicht von vornherein oder zu lange aus ihrem Lebenskreis gerissen werden. Sie sollen weitgehend dort betreut werden, wo sie zu Hause sind.

III. Unser Programm für die Zukunft

Sozialpolitik ist
Gerechtigkeit
gegenüber den
Schwächeren

1. Für Sozialdemokraten ist Sozialpolitik keine staatliche Verteilung von Almosen. Sie ist Gerechtigkeit gerade denen gegenüber, die nicht auf der Sonnenseite unserer Gesellschaft leben. Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung und unsere Solidarität.

Wir wollen ein
offensives
Sozialprogramm

2. Sozialdemokraten wollen gesunde Lebensbedingungen für die Zukunft schaffen. Und für uns ist Gesundheit mehr als nur „nicht krank“ zu sein. Wir werden das heutige Gesundheitswesen, das zum Teil von einem Krankheitsbegriff, der von der Arbeitsfähigkeit des Patienten ausgeht und nicht von seinem gesundheitlichen Wohlbefinden in körperlicher, geistig-seelischer und sozialer Hinsicht, verändern. Wir wollen mehr Menschlichkeit verwirklichen – vor allem gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft.

Deshalb appellieren wir an die Bürger, an einem offensiven Sozialprogramm mitzuarbeiten, das schon daheim und vor der Haustür beginnt. Das ist ein Programm, das gegenseitige Hilfe mobilisieren und dafür sorgen will, daß geholfen wird. Das ist ein Programm, das die soziale Verantwortung des Staates bejaht. Aber das ist auch ein Programm der Hilfe zur Selbsthilfe.

Einen entscheidenden Beitrag zur Gesunderhaltung der Menschen leisten die Sportvereine, insbesondere wenn sie sich dem Breitensport widmen. Die Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins erkennen den hohen Wert dieser Arbeit. Sie bekennen sich zur Vielfalt des Sportlebens in unserem Lande und zu seiner Selbständigkeit. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird in ständiger enger Verbindung und Absprache mit dem Landessportverband und allen Sportorganisationen dafür sorgen, daß das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen durch die notwendigen materiellen Hilfen ergänzt wird.

Wir wollen
Mitarbeit
der Bürger

3. Dieses Programm zum vorbeugenden Schutz der Bevölkerung, zur Aktivierung der Gemeinschaftshilfe und zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in Städten und Gemeinden richtet sich nach folgenden Grundsätzen:

- Die Mitarbeit von Bürgern und ihr persönliches Engagement für Umwelt- und Gesundheitsschutz und für unsere schwächeren Mitbürger müssen wir unterstützen. Deshalb muß die Zusammenarbeit des Landes mit Kirchen und Gewerkschaften, den Bürgerinitiativen, mit Sozial- und Wirtschaftsverbänden, mit den Selbstverwaltungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung enger werden.
- Staatliche Mittel sollen nicht nur für Bauten ausgegeben werden. Landeszuschüsse sollten vielmehr verstärkt mit-

helfen, die personellen und sonstigen Betriebskosten mit abzudecken. Das gilt vor allem bei den ambulanten sozialen Diensten.

Humane Arbeitswelt schaffen

4. Für den Arbeitnehmer ist die Gesundheit nicht nur die Grundlage für eine volle Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben, sondern die Voraussetzung für eine soziale Existenz. Daher wird gefordert:

- Vorsorge ist die Grundlage für eine umfassende Gesundheitssicherung. Sie muß an den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen ansetzen und gesundheitliche Risiken in der sozialen Umwelt vermeiden.
- Vorsorge braucht eine weitgehende Mitverantwortung der Betroffenen bei der Gesundheitssicherung. Langfristig ist eine Selbstverwaltung des Gesundheitswesens anzustreben, die aus Vertretern der Versicherten, der Beschäftigten im Gesundheitswesen und der Gebietskörperschaft besteht.
- Vorsorge erfordert neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Betroffenen, den Einrichtungen und Berufsgruppen im Gesundheitswesen. Daher sind der arbeitsmedizinische Dienst, der öffentliche Gesundheitsdienst und die psychologischen, sozialen und sozialmedizinischen Dienste auszubauen.

Vorrangige Aufgaben für das Land

5. Vorrangige Aufgaben für die Gesundheitspolitik des Landes sind nach unserer Meinung

- ein gesundheitsfördernder Umweltschutz durch den Ausbau der Gewerbe- und Gesundheitsaufsicht, um den berechtigten Wunsch der Bürger nach reiner Luft, sauberem Wasser und Schutz vor Lärm stärker durchzusetzen;
- eine Verbesserung der Gesundheitsbildung in Schulen, Volkshochschulen und durch Verbände;
- Ausbau der theoretischen und praktischen Arbeits- und Sozialmedizin, von der auch die notwendige Verbesserung des öffentlichen Gesundheitsdienstes durch mehr Vorsorge und Krankheitsfrüherkennung ausgehen muß sowie durch die Förderung von Werkarztzentren, damit vor allem auch die Arbeitsplätze gesundheitsgerecht gestaltet werden;
- ein stärkerer Einsatz der Landesregierung für eine gleichmäßige ärztliche Versorgung in Stadt und Land, für leistungsfähige Notdienste und für den Ausbau des Rettungswesens;
- mehr Geld für die Beratung, Betreuung und Pflege unserer Bürger in Sozialzentren und für die sozialen Dienste in den Krankenhäusern.

Unser Gesundheitswesen geht nicht vom Patienten aus

6. Unser Gesundheitswesen hat viele Schwächen. Es geht vor allem nicht vom Patienten, sondern von starr abgegrenzten Einrichtungen und rechtlich abgesicherten Privilegien aus. Krankenhäuser dürfen zumeist nur Patienten behandeln, die im Bett liegen; Schulzahnärzte dürfen nur Schäden feststellen, aber nicht heilen. Und für die wichtige Gesundheitsaufklärung ist niemand so richtig zuständig. Für die verschiedenen Be-

Wir wollen immer
bessere
Zusammenarbeit

reiche gibt es auch keine gemeinsame Planung: Die Ärzte siedeln sich nicht immer dort an, wo sie gebraucht werden, und sie fragen nicht nach vorhandenen Krankenhausplänen. Die Krankenhausplanung kümmert sich nicht um die Planung für Pflegeheime oder ambulante soziale Dienste. Dieses Nebeneinander ist nicht nur teuer. Es ist auch lästig für den Patienten, der Hilfe sucht und von einer Einrichtung zur anderen geschickt wird.

Die SPD will diesen Zustand langfristig überwinden. Sie will durch eine immer wieder verbesserte Zusammenarbeit der verschiedenen Einrichtungen schließlich ein „integriertes System der medizinischen Versorgung“ erreichen. Dann stehen nicht mehr die Einrichtungen, sondern die Patienten im Mittelpunkt. Und aus den Krankenkassenbeiträgen läßt sich eine weit bessere Versorgung mit Gesundheitsdiensten schaffen, als wir sie heute haben.

Die Entwicklung neuer Organisationsformen für die ambulante soziale, psychologische und medizinische Versorgung erfordert auch eine Neuordnung der finanziellen und sachlichen Zuständigkeiten. In diese Neuordnung sind die Krankenkassen einzubeziehen.

Wir wollen
Modelle
erproben

Bis dahin ist allerdings ein weiter Weg. Die SPD wird in Schleswig-Holstein Modelle für eine bessere Zusammenarbeit im Gesundheitswesen entwickeln und erproben:

- Für die Planung eines umfassenden Angebots aller Gesundheitsleistungen in einer Region durch die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft, der Vertreter der Versicherten, der im Gesundheitsdienst Tätigen und der Gebietskörperschaft angehören;
- für die ambulante Untersuchung und Behandlung von Krankenhauspatienten durch das Krankenhaus vor und nach ihrem Krankenhausaufenthalt;
- für fachübergreifende Gruppenpraxen, in denen Ärzte verschiedener Fachrichtungen zusammenarbeiten;
- für Labor- und Apparategemeinschaften gemeinsam mit Krankenhäusern, damit die Diagnosen sicherer und billiger werden;
- für Sozialstationen und medizinische Gemeindezentren, in denen Ärzte auch Sprechstunden abhalten können, wenn es am Ort sonst keinen Arzt gibt;
- in zentralen Orten, beginnend bei den Unterzentren, sind flächendeckend Beratungs- und Therapiezentren für Suchtgefährdete und -kranke zu schaffen und zu fördern;
- lebensnahe und begleitende Behandlungs- und Betreuungsmöglichkeiten für seelisch Kranke am Wohnort und im Krankenhaus;
- für eine offensive gesundheitliche Aufklärungsaktion unter Einschaltung von Schulen, Gewerbeaufsicht, Gesundheitsamt, Krankenkassen, niedergelassenen Ärzten und Wohlfahrtsverbänden;

- für eine Humanisierung der Krankenhausorganisation im Dienste der Patienten. Beispiele sind: „Rooming-in“ (Mutter oder Vater beim kranken Kind, Neugeborenes bei der Mutter), Tagesablauf vermenschlichen, mehr persönliche Pflege, Hinweis auf Patientenrechte.

Sozialstationen sollen Betreuung sicherstellen

7. Für eine umfassende Gesundheitsversorgung sind neue Einrichtungen im sozialen Bereich nötig. Die SPD will – vor allem in den zentralen Orten – Sozialstationen einrichten, die die Arbeit aller sozialen Dienste koordinieren und fördern und die notwendige Beratung und Betreuung sicherstellen sollen. Die Beratungsstellen der Jugendhilfe werden in die Sozialstationen einbezogen.

Gegen Vereinsamung durch mehr Kontakte

8. Die Stätten der Altenfreizeit und Altenbegegnung können zu Bürgerzentren ausgebaut oder in bestehende oder neu zu schaffende Bürgerzentren integriert werden. Sinnvolle Freizeitgestaltung und soziale Kontakte sind für Ausgeglichenheit und Zufriedenheit im Alter dringend erforderlich. Deshalb muß auch darauf geachtet werden, daß neu zu bauende Alten- und Pflegeheime nicht außerhalb der Städte und Dörfer entstehen. Dabei kommt es nicht allein auf den Bau von Alten- und Pflegeheimen an. Genauso wichtig ist, daß dem älteren Bürger auch in solchen Einrichtungen Selbstbestimmung und Eigenverantwortung nicht durch bürokratische Gängelung genommen werden.

Zur Förderung dieser Ziele wie auch für die Gestaltung von Altenfreizeit und Altenbegegnung sollen Sozialpädagogen und entsprechend ausgebildete Fachkräfte eingesetzt werden.

9. Die freien Wohlfahrtsverbände werden unterstützt und gefördert in ihrer Arbeit am kranken und hilfsbedürftigen Menschen. Sie leisten mit ihren Diensten für ältere Bürger einen entscheidenden Beitrag, vorschnelle Einweisungen älterer Bürger in Alten- oder Altenpflegeheime zu verhindern. Nicht totale Versorgung ist das Ziel dieser Dienste, sondern Hilfe bei den Tätigkeiten, die der ältere Bürger nicht mehr allein verrichten kann. Hier geht es vor allem auch um eine verstärkte Unterstützung aller Formen von Nachbarschaftshilfe.

Verpflichtung gegenüber Behinderten

10. Behinderte sind ein Teil unserer Gesellschaft. Deshalb haben wir die Pflicht, unsere Gesellschaft und unsere Umwelt so zu gestalten, daß Behinderten eine uneingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gewährleistet wird.

Vor allem öffentliche Arbeitgeber müssen ihrer Pflicht nachkommen, behindertengerechte Arbeitsplätze zu schaffen, weil das Gefühl, nützlich zu sein und Bestätigung durch Arbeit zu erfahren, für einen Behinderten noch wichtiger ist als für einen Gesunden.

Bauten und öffentliche Einrichtungen sind so zu gestalten, daß sie den Behinderten nicht aussperren. Dazu gehören auch Verkehrsanlagen.

Die SPD wird dafür sorgen, daß die Möglichkeiten aus dem Schwerbehindertenrecht insgesamt genutzt werden, damit den Behinderten ein Mehr an Solidarität zuteil wird.

Wohnliche Städte
und Gemeinden
nicht vergessen

11. Im Wohnungsbau muß das Grundrecht des Bürgers auf eine menschenwürdige und gesicherte Wohnung zu angemessenen Mieten und Preisen verwirklicht werden. Das Angebot muß deshalb auch für kleine und mittlere Einkommen erschwinglich sein. Öffentliche Mittel sollen deshalb besonders zur Förderung von Wohnungen für kinderreiche Familien, für ältere Menschen, für ausländische Arbeitnehmer, für Aussiedler und für Obdachlose ausgegeben werden. Dabei können neue Einnahmequellen erschlossen werden, wenn die Bewohner von Sozialwohnungen, die die Einkommensgrenze erheblich überschreiten, eine Ausgleichsabgabe zahlen. Öffentlich geförderte Wohnungen werden nur durch die kommunale Wohnungsvermittlung belegt.

Mieter-
mitbestimmung

12. Wohnen ist nicht nur ein Geschäftsvorgang. Wohnen ist gleichzeitig Gestaltung der engeren Umgebung durch den Menschen. Deshalb müssen die Mieter die Möglichkeit zur Mitbestimmung erhalten. Und durch ein Dauerwohnrecht abgesichert werden. Vor Spekulanten und unlauteren Maklern müssen sie durch die gesetzliche Absicherung unentgeltlicher kommunaler Wohnungsvermittlungen geschützt werden.

Qualität
der Wohnungen

13. Die Qualität der Wohnungen muß verbessert werden. Dazu gehört auch die Entwicklung neuer Wohnformen, die die Isolierung und Vereinsamung der Menschen in großen Wohnmaschinen und bloßen Schlafstätten verhindern. Wohnraum muß für die Bedürfnisse der Menschen geplant und ausgestattet und laufend modernisiert werden. Deshalb brauchen die Gemeinden die gesetzliche Möglichkeit, zur Sicherung der Qualität von Gebäuden und ganzen Stadtteilen einzugreifen und Auflagen zu erteilen.

14. Als in den Zeiten der Hochkonjunktur ausländische Arbeitskräfte noch billiger für die Unternehmen waren als Rationalisierung und Automatisierung, sind diese ausländischen Arbeitnehmer nach Schleswig-Holstein geholt worden. Schleswig-Holstein ist für sie zum Arbeitsplatz, für ihre Familien zur zweiten Heimat und für viele ihrer Kinder zum Geburtsland geworden.

Ausländische Arbeitnehmer haben einen Anspruch darauf, nach freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen so gestellt zu werden, daß sie die gleichen Rechte im Arbeitsleben und in der Gesellschaft erhalten wie ihre deutschen Mitbürger. Mit Sorge erfüllt uns, daß ausländische Arbeitnehmer häufig nur als Arbeitskraft gesehen werden. Sozialdemokratische Politik für ausländische Arbeitnehmer will:

- Vorurteile abbauen,
 - die Ausländer und ihre Familien in unsere Gesellschaft integrieren,
 - ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien solche soziale Hilfen geben, damit Wohnungsnot und andere unsoziale Bedingungen abgebaut werden können,
 - bessere Bildungschancen für ausländische Arbeitnehmer und besondere schulische Förderung und Weiterbildung für ihre Kinder durchsetzen,
- um ihre kulturelle und sozial-gesellschaftliche Isolation aufzuheben.

Aktionsprogramm

37. Die SPD wird in einem Landeskrankenhausgesetz sicherstellen, daß die Behandlung allein nach Art und Schwere der Krankheit erfolgt.
38. Die SPD wird durch die Bildung von Heimbeiräten und Senioren-Beiräten auf kommunaler und Landesebene dafür sorgen, daß die Interessen der Heimbewohner in allen Alten- und Pflegeheimen gegenüber dem Träger durchgesetzt werden können.
39. Die SPD wird einen Bedarfsplan für Sozialstationen sowie für Einrichtungen der bürgernahen psychiatrischen Versorgung erstellen, der die Grundlage für die Förderung durch das Land darstellen soll.
40. Die SPD wird jährlich einen landesweiten Wettbewerb für eine Aktion „Nachbarschaftshilfe“ veranstalten, in dem gelungene Modelle gegenseitiger Hilfe prämiert und damit mehr als bisher öffentlich gemacht werden sollen.
41. Die SPD wird deshalb zunächst Modelle für eine bessere Zusammenarbeit im Gesundheitswesen entwickeln und erproben.
42. Die SPD wird zunächst in Modellkrankenhäusern Beispiele für die „Humanisierung“ geben. So etwa dadurch, daß Mutter beziehungsweise Vater beim kranken Kind bleiben dürfen oder durch eine bessere Organisation des Tagesablaufes und mehr persönliche Pflege beziehungsweise den Einsatz von Sozialarbeitern.
43. Die SPD wird dafür sorgen, daß unsere Alten möglichst lange zwischen uns leben können: Durch eine landesweite Planung für Altenwohnungen, durch ein flächendeckendes Konzept sozialer Dienste und durch die Einbeziehung von Altenbegegnungsstätten in Bürgerzentren. Zusammengefaßt werden diese Konzepte in einem Landesaltenplan.
44. Die SPD wird vor allem die öffentlichen Arbeitgeber auf ihre Pflichten hinweisen. Sie wird auch bei allen Planungen von öffentlichen Bauten und Einrichtungen Rücksicht auf Behinderte nehmen. Die Bauvorschriften werden entsprechend ergänzt.

TEIL 4

Liberalität, Rechtsstaatlichkeit, innere Sicherheit

I. Unsere Probleme

Freiheit und Sicherheit können nicht allein durch Polizei und Justiz gewährleistet werden. Freiheit gibt es nur, wenn das Grundgesetz konsequent verwirklicht und der Mißbrauch wirtschaftlicher und politischer Macht ausgeschlossen wird. Sicherheit ist nur dauerhaft, wenn sich der Bürger des uneingeschränkten rechtsstaatlichen Handelns der staatlichen Organe sicher ist. Deshalb können Terroristen unsere Sicherheit zwar zeitweilig gefährden, nicht aber unsere Demokratie. Die Demokratie kann nur gefährdet werden durch mangelndes Engagement der Demokraten.

Das Recht auf Kritik ist ein wichtiges Lebenselement unserer Demokratie und des demokratischen Meinungsstreits. Wo das eine unterlassen oder das andere eingeschränkt wird, sind Toleranz und Liberalität in Gefahr, wird Demokratie ausgehöhlt.

CDU will Kritik einschränken

Die CDU-Landesregierung versucht seit Jahren, Kritik einzuschränken. Sie geht gegen kritischen Geist und kritische Journalisten vor und gefährdet damit Meinungsfreiheit. Sie antwortet auf Bürgerproteste und Bürgerdemonstrationen mit pauschaler Diffamierung, anstatt die Sorgen der Bürger offen zu diskutieren.

CDU-Politik ist autoritär und bürgerfern

Die Politik der CDU-Landesregierung ist zunehmend autoritär und bürgerfern geworden. Sie verantwortet durch massenhafte Gesinnungsüberprüfungen in Anwendung des Extremistenbeschlusses ein Klima der Einschüchterung und die Praxis faktischer Berufsverbote.

CDU verbreitet Angst und will Anpassung
CDU zerschlägt NDR

Mit ihrer Schul- und Hochschulpolitik verbreitet sie unter Studenten und Schülern Anpassungsdruck und Angst, wo es gilt, selbstbewußtes Engagement zu fördern.

Die CDU-Landesregierung will den Norddeutschen Rundfunk zerschlagen und statt dessen einen regierungsnahen Staatssender und einen kommerziellen Privatfunk einrichten. Um die politische Macht der Wirtschaft zu erhalten, werden Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt gefährdet.

Sie verweigert weitergehende Mit- und Selbstbestimmungsrechte der Bürger und diskriminiert diese als „Überdemokratisierung“. Sie drückt Bürgerinitiativen pauschal in die kriminelle Ecke, sie droht Jugendzentren zu schließen und zensiert Schulkalender.

CDU ist erstarrte Herrschaftspartei

Nach fast 30 Jahren Regierung ist die CDU in Schleswig-Holstein eine erstarrte Herrschaftspartei. Der Dialog mit dem Bürger findet nicht statt. Sie verwaltet ihn und sie gängelt ihn, weil sie sich offenbar vor dem kritischen Gebrauch der Bürgerfreiheiten durch die Bürger fürchtet.

Die CDU-Politik steht im Gegensatz zu Schleswig-Holsteins alter Tradition der Liberalität und Bürgerfreiheit.

II. Beispiele: Was die CDU getan hat und was die SPD tun wird

Trotz berechtigter Bürgerängste und massiver Bürgerproteste hat die CDU-Landesregierung gegen geltendes Recht grünes Licht für den sofortigen Baubeginn des Kernkraftwerks Brokdorf gegeben. Erst die Gerichte verfügten zweimal den Baustopp.

Die SPD wird die Bürger an der Energiediskussion beteiligen und das Parlament über Zahl und Standorte der Kraftwerke entscheiden lassen. Keine Regierung hat das politisch-moralische Recht, über die Köpfe der Bürger und ihrer gewählten Vertreter hinweg wichtige Entscheidungen zu treffen.

Trotz zunehmender Verärgerung der Bürger hat die CDU-Landesregierung nichts Entscheidendes gegen die Bürokratisierung unternommen. Der Bürger wird unter einer wachsenden Flut von Fragebögen und Formularen zum Objekt einer Verwaltungspraxis, die er häufig weder durchschaut noch versteht. Seine Anträge werden oft mit unerträglicher Verzögerung behandelt.

Weniger Bürokratie und mehr Bürgerentscheidungen

Die SPD wird die Gesetze und die öffentliche Verwaltung durchforsten. Weil wir der Meinung sind: Das menschliche Zusammenleben muß nicht bis ins einzelne juristisch und verwaltungstechnisch geregelt werden. Vieles läßt sich sinnvoll und lebensnah durch die Bürger selbst und durch eine bürgernahe und entscheidungsfreudige Verwaltung lösen.

Auch die Gesetzgebung und die Verwaltung bei Steuern und Abgaben muß wesentlich vereinfacht werden.

Trotz des Wissens um die Gefahr der Eskalation der Gewalt hat die CDU-Landesregierung den Kampf gegen den Terrorismus genutzt, um ein politisches Klima von Panik und Hysterie zu schüren. Sie hat scheinbare Sicherheit durch einen „starken Staat“ versprochen, anstatt staatliches Handeln im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit verantwortungsbewußt abzuwägen. Sie hat beigetragen, kritischen Geist als „Sympathisanten“ des Terrors zu verdächtigen, und hat Gesetze gefordert, die zur Bekämpfung der Freiheit des einzelnen Bürgers geeignet sind.

SPD will kritischen Geist fördern

Die SPD wird den Terror ebenso bekämpfen wie alle Versuche, das berechtigte Sicherheitsbedürfnis des Bürgers mit dem Ziel zu mißbrauchen, den autoritären Obrigkeitsstaat wieder zu errichten. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, daß auch kritische Meinungen, die wir nicht teilen, gesagt, geschrieben und gesendet sowie gehört und gelesen werden dürfen. Wir werden neue Gesetze unterstützen, wo Gesetzeslücken zu füllen sind, sie aber ablehnen, wo durch sie die verfassungsmäßigen Rechte des einzelnen Bürgers geschmälert werden.

III. Unsere sozialdemokratischen Grundsätze:

Freiheit, Recht, Toleranz

Freiheit und Recht sind Voraussetzungen für Sicherheit

1. Die SPD will den Staat der Freiheit und des Rechts verwirklichen. Aus bitterer geschichtlicher Erfahrung wissen wir, daß Freiheit und Recht die Voraussetzungen sind für reformerische Politik, also für Chancengleichheit, Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und damit auch für die Sicherheit des Bürgers.

Der Staat muß die Privatsphäre schützen

2. Im demokratischen Rechtsstaat verteidigen wir Sozialdemokraten die Menschenwürde und garantieren die Grundrechte. Dieser Staat schützt und respektiert die Privatsphäre seiner Bürger und garantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz.

Der Staat muß die Bürgerrechte garantieren

3. Ein liberaler und toleranter Staat sorgt mit dafür, Angst abzubauen und die Freiheit des Andersdenkenden zu ermöglichen. Dieser Staat schützt und respektiert Grundrechte und garantiert die Rechte von Minderheiten. Nach diesen Grundsätzen werden wir unsere Landespolitik gestalten.

4. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird sich verstärkt um das Wohl aller ausländischen Bürger, die in unserem Land wohnen, kümmern. Sie wird dafür eintreten, daß alle ausländischen Bürger so bald wie möglich das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Bis dieses Ziel erreicht ist, wird sie sich dafür einsetzen, daß in Städten und Gemeinden Ausländerbeiräte gebildet werden, damit Ausländer, die bei uns kein Wahlrecht besitzen, ein Gremium erhalten, in dem sie ihre Anliegen und Rechte vertreten können. Gewerkschaften, Arbeitgeber, Kirchen und andere Organisationen werden zur beratenden Mitarbeit in Ausländerbeiräten aufgefordert.

SPD wird Gesinnungsprüfung und Praxis des Extremisten-erlasses abschaffen

A. Schutz der Bürger – Schutz der Verfassung

1. Die SPD will die Gesinnungsschnüffelei durch den Staat abschaffen. Der bisher in Schleswig-Holstein angewandte Extremistenbeschluß wird nicht mehr angewandt. Unter Berufung auf den Extremistenbeschluß beim Verfassungsschutz gesammelte sowie an Einstellungsbehörden weitergeleitete Daten müssen vernichtet werden.

2. Die Regelbeteiligung des Verfassungsschutzes bei Bewerbungen für den öffentlichen Dienst wird beendet. Wer nachgewiesen die demokratische Ordnung aktiv bekämpft, soll vom öffentlichen Dienst ferngehalten oder aus ihm entlassen werden. Grund für die Ablehnung oder Entlassung darf nur die aktive Betätigung zur Beseitigung der tragenden Grundsätze unserer Verfassung sein.

3. Bei Bewerbungen für den öffentlichen Dienst spricht die Vermutung für die Verfassungstreue des Bewerbers.

4. Verfassungsschutzorgane sind notwendig. Aber ihr Mißbrauch muß verhindert, ihre Tätigkeit muß parlamentarisch kontrolliert werden. Auftrag der Verfassungsschutzbehörde ist neben der Spionageabwehr ausschließlich, auf Beseitigung der tragenden Grundsätze der Verfassung gerichtete Tätigkeiten festzustellen.

Für wirksamen Datenschutz

3. Wir werden die Privatsphäre des Bürgers wirksamer gegen den Mißbrauch von Daten schützen, die über ihn gespeichert werden, durch Dezentralisierung besonders empfindlicher Daten, durch Stärkung der Rechte des Parlaments und der Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten. Schäden, die ein Bürger durch den Mißbrauch von Daten erleidet, müssen ersetzt werden, auch wenn kein Verschulden festgestellt wird.

B. Öffentlicher Dienst und Bürger

Öffentlicher Dienst ist Dienst am Bürger

1. Die SPD wird den öffentlichen Dienst für den Bürger ausbauen und zugleich übersichtlicher, effektiver und bürgernäher gestalten. Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung und mehr verantwortliche Mitwirkung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Ausbau des öffentlichen Dienstes ist nicht mehr Verwaltung

2. Der öffentliche Dienst ist für den Bürger wie für die Gesellschaft unentbehrlich. Seine Bedeutung nimmt weiter zu, je komplizierter und technisierter unser Zusammenleben wird.

Die Schwerpunkte der Erweiterung des öffentlichen Dienstes sind: das Bildungswesen, die sozialen Dienste, der Umweltschutz und die innere Sicherheit. Was wir nicht wollen, ist ein Mehr an Bürokratie. Auszubauen sind deshalb Bürger- und Rechtsberatung.

Wir wollen damit die Rechte des einzelnen stärken.

Entrümpelung der Gesetze und Verordnungen dringend notwendig

3. Gleichzeitig werden wir die Verwaltungsorganisation des Landes straffen, Gesetze bürgernäher ausführen lassen und überflüssige Behörden auflösen. Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlassen werden wir daraufhin prüfen, ob sie sich praktisch bewährt haben, noch nötig oder durch Änderung der tatsächlichen Verhältnisse überholt sind.

4. Die Gemeinden in Schleswig-Holstein müssen wieder in eigener Verantwortung über ihre Angelegenheiten entscheiden können. Genehmigungsvorbehalte, Erlasse und Richtlinien der Landesregierung engen die kommunale Selbstverwaltung unerträglich ein. Sie wird weiter geschwächt durch die von der CDU durchgesetzte Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs. Die SPD wird die Rechte der Selbstverwaltung ausbauen, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger erweitern und die Finanzkraft der Städte und Gemeinden stärken. Durch eine Änderung der Kommunalverfassung wollen wir in der Magistratsverfassung bei der Wahl der hauptamtlichen Magistratsmitglieder das Mehrheitsprinzip an die Stelle des Proporzsystems setzen.

C. Polizei, Justiz und Justizvollzug

1. Innere Sicherheit und innerer Friede beruhen auf sozialer Gerechtigkeit. Daher ist die Bekämpfung der Kriminalität nicht nur eine polizeiliche, sondern vor allem eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Die SPD wird die Forschung über die Ursachen der Kriminalität vorantreiben, um kriminalitätsfördernde soziale Bedingungen abzubauen.

Dabei soll die zunehmende Jugendkriminalität besonders beachtet werden. In einem „Rat für Kriminalitätsverhütung“, in dem politische Instanzen, gesellschaftliche Gruppen und wissenschaftliche Sachverständige vertreten sind, sollen diese Maßnahmen koordiniert werden.

Polizei verdient Unterstützung

2. Sicherheitsbehörden, Polizei und Gerichte werden von uns personell und räumlich so ausgestattet, daß sie ihrem Auftrag am Bürger gerecht werden können. Dabei verdient die Polizei besondere Unterstützung.

3. Durch eine Organisationsform soll eine einheitliche Polizeiführung in das politisch verantwortliche Innenministerium integriert werden. Die derzeitige Arbeitsbelastung der Polizeibeamten durch neue Formen der Gewalkriminalität wollen wir durch eine langfristige Personalplanung, durch qualifizierte Ausbildung, durch angemessene Ausstattung und durch bessere soziale Betreuung abbauen.

Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, daß langfristig in städtischen Bezirken Beamte im Bezirksdienst (Berliner Modell) eingesetzt werden können.

Darüber hinaus wird eine SPD-geführte Landesregierung gewährleisten, daß politische Fehlentscheidungen nicht mehr von den Polizeibeamten auf der Straße verantwortet werden müssen.

4. Wir wollen den Justizvollzug so gestalten, daß der Straftäter befähigt wird, in Zukunft sein Leben straffrei zu führen. Dafür brauchen wir mehr und besser ausgebildete Vollzugsbeamte und mehr Bewährungshelfer. Wer Straftaten begeht, muß dafür zur Wiedergutmachung herangezogen und frei vom Vergeltungsgedanken zur Rechenschaft gezogen werden. Auch Strafgefangene hinter Gittern müssen als mündige Menschen behandelt und zur Selbstverantwortung angeleitet werden.

Zur Unterstützung der Resozialisierung müssen alle beruflichen Wege offenstehen.

D. Rundfunk und Pressefreiheit

1. Die Garantie freier Medien ist wesentlicher Inhalt liberaler Freiheitsrechte. Die SPD will die Prinzipien der Inneren Pressefreiheit durchsetzen und die Unabhängigkeit der Redaktionen gegen Verlegerallmacht, politischen Druck und die ökonomischen Folgen der Konzentration verteidigen. Wir fordern die Abschaffung des Tendenzschutzes und die Ausdehnung der Mitbestimmung auf Presseunternehmen. Wenn dazu tarifvertragliche Regelungen nicht gefunden werden, sind neue Pressegesetze auf Bundes- oder Landesebene erforderlich.
2. Der Markt hat als Regulativ für die Erhaltung der Pressevielfalt versagt. Elektronische Medien werden wir daher ausschließlich in öffentlich-rechtlicher Struktur zulassen. Nur in dieser bewährten Form können Rundfunk und Fernsehen ihrem Programmauftrag gerecht werden, umfassende Information, Bildung und Unterhaltung vermitteln und zur kritischen Urteilsbildung anregen. Der Kampf um die Unabhängigkeit des Rundfunks ist in erster Linie ein Kampf um die Informationsfreiheit des Bürgers.
3. Der NDR soll als Dreiländeranstalt erhalten bleiben. Der Rundfunk soll unabhängig sein von Regierungs- oder einseitigen Gruppeninteressen. Angehörige einer Exekutive dürfen nicht Mitglieder in Rundfunkorganen sein. Wir streben eine bessere demokratische Legitimation der Rundfunkkontrollgremien an. Wir befürworten die Mitbestimmung bei der Geschäftsführung der Anstalt und wollen die Öffentlichkeit des Rundfunkrates her-

stellen. Die Rechtsaufsicht des Staates darf keine Programmkontrolle ausüben.

4. Wir wollen den Rundfunk freihalten von kommerziellen Interessen. Werbung widerspricht dem Programmauftrag und sollte abgebaut werden. Die Festsetzung der Rundfunkgebühren darf die Staatsfreiheit des Rundfunks nicht beeinträchtigen, die Entscheidungskompetenz der Rundfunkorgane oder eine Dynamisierung wollen wir prüfen. Rundfunkgebühren dürfen ausschließlich von öffentlich-rechtlichen Programmträgern in Anspruch genommen werden.
5. Neue Medien sollen nur verwirklicht werden, wenn der gesellschaftliche und kommunikative Bedarf nach ihnen erwiesen ist, kommerzielle Ausbeutung verhindert werden kann und die Chancen der Bürger zu mehr Mitbeteiligung erweitert werden. Die elektronischen Medien der Zukunft sollen – soweit publizistisch relevante Inhalte vermittelt werden – unter der Programmverantwortung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten stehen, die lokale Informationsvielfalt wiederherstellen und der sozialen und gesellschaftlichen Integration dienen. Dies gilt auch für das Satellitenfernsehen. Aus Rücksicht auf die Existenzbedingungen der Presse und aus Gründen der Unabhängigkeit der Medien lehnen wir Werbung in den neuen Medien ab.

Aktionsprogramm

45. Die SPD wird die Gesetze und die öffentliche Verwaltung durchforsten. Sie wird Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Richtlinien daraufhin überprüfen, ob sie noch erforderlich sind.
46. Die SPD wird die Gesinnungsschnüffelei durch den Staat abschaffen. Der Extremistenbeschluß wird nicht mehr angewandt. Nur bei konkretem Verhalten gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung soll ein Bewerber abgelehnt werden. Eine Routineanfrage beim Verfassungsschutz gibt es nicht mehr.
47. Die SPD wird besonders empfindliche Daten dezentralisieren, sie wird die Rechte des Parlaments beim Datenschutz stärken und dem Datenschutzbeauftragten größere Kontrollmöglichkeiten einräumen.
48. Die SPD wird die Bürger stärker an Entscheidungen in Gemeinden und Kreisen beteiligen. Sie wird gleichzeitig durch ein neues Personalvertretungsgesetz die Rechte der Mitarbeiter stärken.
49. Die SPD wird die Forschung über die Ursachen der Kriminalität vorantreiben und dabei insbesondere Untersuchungen über die wachsende Jugendkriminalität erarbeiten lassen. In einem „Rat für Kriminalitätsverhütung“ nach schwedischem Muster sollen alle Maßnahmen koordiniert werden.
50. Die SPD wird die Polizei personell so ausstatten, daß sie ihrer Aufgabe gerecht werden kann. Wir wollen damit unter anderem erreichen, daß wie in Berlin Beamte im Bezirksdienst eingesetzt werden können.
51. Die SPD wird in einem neuen Pressegesetz die Rechte der Journalisten gegenüber den Verlegern ausbauen.
52. Die SPD wird einen neuen Staatsvertrag aushandeln, der den NDR als öffentlich-rechtliche Anstalt erhält, die innere und äußere Rundfunkfreiheit der Journalisten sichert, die Mitarbeiter am Verwaltungsrat beteiligt und auf Werbung nach Möglichkeit verzichtet. Kommerziellen Hörfunk und kommerzielles Fernsehen lehnen wir ab.

Stichwortverzeichnis

	Seite
Zur Präambel	
Umdenken und verändern	
Aktionsprogramm	9
Aussperrung	7
Bildungswesen	9
Friedenspolitik	6
Gleichberechtigung der Frau	6
Grundwerte	5
Recht auf Arbeit	7
sozialpolitisches Konzept	9
Streikrecht	7
Tarifautonomie	7
Umwelt	6
Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsordnung	7
Zu Teil 1	
Recht auf Arbeit und Schutz der Umwelt	
Arbeitsplätze	10, 21
Autobahnen	20, 23
Bonner Unterstützung	16, 22
Energiepolitik	19, 22
Entwicklungsstrategie für unser Land	12
Frauen	11, 22
Fremdenverkehr	14
Gemeinden	11, 22
Große Städte	15
Großflughafen Kaltenkirchen	21
Hamburger Randgebiet	16
Industrieansiedlung	12, 13
Kurtaxe	14, 23
ländlicher Raum	14
Land- und Ernährungswirtschaft	18
Schiennetz	20
Strukturpolitik	12, 13, 22
Subventionen	10, 11, 17, 22
Technologie und Innovation	21, 23
Umwelt, Natur	13, 15, 19, 21, 22
Untereibe-Region	15
Verkehrsinfrastruktur	20
Wertfindustrie	17
Zu Teil 2	
Kinderfreundliche Schule und Chance für die junge Generation	
Ausbildungsplatzabgabe	28
Berufsgrundbildungsjahr	29
Bildungspolitik	24, 25
Eltern -schulen, -beratung	31, 32
Erziehungsberatungsstellen	32
Ganztagsschule	26
Gesamtschule	26, 33
Hochschule	30, 34
Jugendpolitik, -hilfe	31, 32
Klassengröße	27
kinderfreundliche Schule	24, 25
Numerus clausus	31
Schule, Berufsausbildung, Weiterbildung	27
Schulpsychologen	27
Schulzeit auf 10 Jahre	28
vorschulische Erziehung	27

Zu Teil 3	Seite	Zu Teil 4	Seite
Alle Menschen haben ein Recht auf Hilfe. Wir werden unsere Kinder, Heranwachsenden und älteren Mitbürger nicht allein lassen. Die Kranken und Behinderten brauchen unsere Solidarität.		Liberalität, Rechtsstaatlichkeit, innere Sicherheit	
Aktion „Nachbarschaftshilfe“	43	Ausländerbeiräte	46
Altenfreizeit und Altenbegegnung	37	Bewährungshelfer	48
altengerechte Wohnungen	43	Bürgerbeteiligung	49
Altenhilfe	37	Datenschutz	46, 49
ausländische Arbeitnehmer	42	Energiediskussion	45
Behinderte	41	Extremistenbeschluß	46
Breitensport	38	Freiheit, Recht, Toleranz	45
Gesundheit	43	Gesinnungsüberprüfung	44, 46
Gewerbeaufsicht	36	innere Sicherheit	47
Heimbeiräte	43	Jugendkriminalität	47, 49
Humanisierung der Arbeitswelt	39	Kernkraftwerk Brokdorf	45
medizinische Versorgung	36	Kommunalverfassung	47
Modellkrankenhäuser	43	Magistratsverfassung	47
öffentlicher Gesundheitsdienst	36	Menschenwürde	46
Programm für die Zukunft	38	Norddeutscher Rundfunk	44, 48, 49
Rauschmittelmißbrauch	35	Polizei, Justiz, Justizvollzug	47, 49
Sozialpolitik	38	Pressegesetz	49
Sport	38	Privatsphäre	46
Vorbeugung	35	öffentlicher Dienst und Bürger	47
Wohnungsbau	42	Rundfunk- und Pressefreiheit	48
		Schutz der Bürger – Schutz der Verfassung	46
		Ursachen der Kriminalität	49
		Verfassungsschutz	46

Grundsatzbeschlüsse und Materialien der SPD

Bei den im vorliegenden Programmwurf behandelten Schwerpunktgebieten handelt es sich – der Name sagt es schon – lediglich um punktuell und aktuell bezogene Positionen. Die SPD in Schleswig-Holstein und die Sozialdemokratie überhaupt befassen sich ständig mit den Problemen unserer Gesellschaft, und sie versuchen, Lösungsmöglichkeiten anzubieten.

Ausführliche Texte können Sie mit der vorgedruckten Postkarte zu den genannten Themen anfordern.

Weitere Beschlüsse und Dokumente der SPD

zu beziehen über

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein

Kleiner Kuhberg 28–30

2300 Kiel 1

Telefon: 04 31 / 9 12 51

Bestell-Nr.

- 1 Energiepolitische Beschlüsse der SPD in Schleswig-Holstein
- 2 Beschlüsse des SPD-Bundesparteitag 1977, Hamburg, zur Energiepolitik
- 3 Forum Energie (Fachtagung der SPD, 1977, Köln)
- 4 Beschlüsse zur Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Finanzpolitik (SPD-Bundesparteitag 1977, Hamburg)
- 5 Neue Wege – Arbeitsmarktpolitik, Chancengleichheit (Beschlüsse SPD-Landesparteitag 1977, Bad Bramstedt)
- 6 Bildungspolitik und berufliche Bildung (Beschlüsse SPD-Bundesparteitag 1977, Hamburg)
- 7 Beschlüsse zur Innen- und Sozialpolitik (SPD-Bundesparteitag 1977, Hamburg)
- 8 Beschlüsse zur Familienpolitik (SPD-Bundesparteitag 1977, Hamburg)
- 9 Beschlüsse zur Gesundheitspolitik (SPD-Bundesparteitag 1977, Hamburg)
- 10 Öffentliche Rechtsberatung: Diskussionsbeiträge und Erfahrungsberichte aus Schleswig-Holstein
- 11 Kommunalpolitik (Beschlüsse des SPD-Landesparteitages 1977, Tönning)
- 12 Kommunalpolitisches Grundsatzprogramm der SPD (Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages 1975, Mannheim)
- 13 Europa-Politik (Beschlüsse des SPD-Landesparteitages 1978, Travemünde)
- 14 Materialien zur sozialdemokratischen Europapolitik
- 15 Beschlüsse zur Außen-, Friedens-, Sicherheits-, Europa- und Nord-Süd-Politik (SPD-Bundesparteitag 1977, Hamburg)
- 16 Dokumentation der Landesparteitagsbeschlüsse 1977, Tönning
- 16 a Dokumentation der Landesparteitagsbeschlüsse 1978, Neumünster
- 17 Materialien zur Bodenreform
- 18 „wir“ Mitgliederzeitung der SPD in Schleswig-Holstein
- 19

Autoaufkleber „Sozialdemokraten Schleswig-Holstein“ mit dem Rosensymbol

- 19 a

Heckscheibenaufkleber „damit unser Leben menschlicher wird ...“

- 20 Godesberger Grundsatzprogramm der SPD
- 21 Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen 1975–1985 (Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages 1975, Mannheim)
- 22 Illustrierte Geschichte der SPD
- 23

Aufnahme-Antrag in die SPD

Die SPD erreichen Sie so:

SPD-Parteivorstand in Bonn

Ollenhauerstraße 1, Erich-Ollenhauer-Haus
5300 Bonn, Telefon 0 22 21 / 53 21

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein

Kleiner Kuhberg 28–30, 2300 Kiel 1
Telefon: 04 31 / 9 12 51

Wir sagen Ihnen gerne die Anschrift Ihrer SPD im Ort

Geschäftsstellen in den Kreisverbänden

SPD-Kreisverband Flensburg

Norderhofenden 16, 2390 Flensburg
Telefon: 04 61 / 2 45 15

SPD-Kreisverband Lauenburg

Königsberger Straße 19, 2410 Mölln
Telefon: 0 45 42 / 47 14

SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg

Königstraße 1, 2380 Schleswig
Telefon: 0 46 21 / 2 71 10

SPD-Kreisverband Stormarn

Hamburger Straße 30, 2070 Ahrensburg
Telefon: 0 41 02 / 5 47 41

SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

An der Marienkirche 5, 2370 Rendsburg
Telefon: 0 43 31 / 2 89 89

SPD-Kreisverband Segeberg

- a) Oldesloer Straße 27, 2360 Bad Segeberg
Telefon: 0 45 51 / 34 55
- b) Ulzburger Straße 10 a, 2000 Norderstedt
Telefon: 0 40 / 5 27 08 62

SPD-Kreisverband Kiel

Kleiner Kuhberg 28–30, 2300 Kiel 1
Telefon: 04 31 / 9 27 81

SPD-Kreisverband Neumünster

Am Teich 7, 2350 Neumünster
Telefon: 0 43 21 / 4 33 90

SPD-Kreisverband Pinneberg

Am Drosteipark 5, 2080 Pinneberg
Telefon: 0 41 01 / 2 47 20

SPD-Kreisverband Plön

Gänsemarkt 5, 2320 Plön
Telefon: 0 45 22 / 31 27

SPD-Kreisverband Steinburg

Viktoriastraße 29, 2210 Itzehoe
Telefon: 0 48 21 / 27 26

SPD-Kreisverband Ostholstein

Stolbergstraße 5, 2420 Eutin
Telefon: 0 45 21 / 59 57

SPD-Kreisverband Dithmarschen

Hamburger Straße 2, 2240 Heide
Telefon: 04 81 / 8 69 36

SPD-Kreisverband Lübeck

Große Burgstraße 51, 2400 Lübeck 1
Telefon: 04 51 / 7 28 14

SPD-Kreisverband Nordfriesland

Neustadt 57, 2250 Husum
Telefon: 0 48 41 / 26 47

Sie kandidieren für die SPD zur Landtagswahl 1979 in den Wahlkreisen

Wahlkreis	Bezeichnung	Bewerber	Wohnort
1	Flensburg-West	Klaus Matthiesen	Rabenslücke 18, 2390 Flensburg
2	Flensburg-Ost	Uwe Gunnesson	Leuschnerstraße 3, 2390 Flensburg
3	Flensburg-Land	Dr. Rolf Glawischmig	Theodor-Storm-Weg 5, 2392 Glücksburg
4	Südtondern	Ernst-Wilhelm Stojan	Kampstraße 39, 2280 Westerland
5	Husum-Land	Hans-Meinert Redlin	2264 Braderup
6	Husum-Eiderstedt	Werner Liebrecht	Markt 19, 2254 Friedrichstadt
7	Schleswig-West	Holger Astrup	Jürgen-Sohrt-Straße, 2371 Erfde
8	Schleswig	Uwe Jensen	Strandweg, 2381 Stexwig
9	Eckernförde	Joachim Kandzora	Stolbergring 8, 2330 Eckernförde
10	Dithmarschen-Nord	Heinz-Werner Arens	Helgoländer Straße 6, 2240 Heide
11	Dithmarschen-Süd	Manfred Sickmann	Helmholtzstraße 6, 2212 Brunsbüttel
12	Rendsburg-West	Brunhild Wendel	Am Urnenfriedhof 2, 2373 Schacht- Audorf
13	Rendsburg	Günter Neugebauer	Flotowstraße 3, 2370 Rendsburg
14	Rendsburg-Ost	Kurt Hamer	Am Stadtpark 44, 2353 Nortorf
15	Neumünster-Nord	Hans Wiesen	Haidbergstraße 12, 2352 Bordesholm
16	Steinburg-Ost	Reinhold Stühlmeyer	Sonderburger Straße 14 b, 2308 Preetz
17	Steinburg-Süd	Joachim Roggenbock	Oelixdorfer Straße 49 b, 2210 Itzehoe
18	Elmshorn	Jochim Harms	Max-Beckmann-Platz 4, 2200 Elmshorn
19	Pinneberg- Elbmarschen	Jens Vollert	Boockholtzstraße 18, 2000 Wedel
20	Pinneberg	Horst Hager	Aschhooptwiete 25, 2080 Pinneberg
21	Pinneberg-Nord	Berend Harms	Sandhafer, 2202 Heede
22	Segeberg-Ost	Manfred Frank	Turmschänke, 2361 Seedorf
23	Segeberg-West	Adolf Isokeit	Hamburger Straße 91, 2359 Henstedt-Ulzburg
24	Neumünster	Rudolf Johna	Sachsenring 77, 2350 Neumünster
25	Kiel-Nord	Karl Heinz Luckhardt	Am Wiesenhof 2, 2300 Kiel
26	Kiel-Mitte	Gert Börnsen	Esmarchstraße 61, 2300 Kiel
27	Kiel-West	Dr. Joachim Lohmann	Jakobsleiter 1, 2300 Kiel 17
28	Kiel-Süd	Leo Langmann	Ostring 8, 2300 Kiel 14
29	Kiel-Ost	Wilhelm Marschner	Preußerstraße 8, 2300 Kiel
30	Plön-Nord	Heinz Klinke	Neuheikendorfer Weg 114, 2305 Heikendorf
31	Plön-Süd	Maria Lindenmeier	Gerstenhof 9, 2301 Flüggendorf
32	Oldenburg	Paul Möller	An der Bäderstraße 34, 2444 Heringsdorf
33	Eutin-Nord	Hans Gerhard Ramler	Am Fahrenkrog 64/326, 2409 Sierksdorf
34	Eutin-Süd	Werner Kröger	Rohlsdorfer Weg 44, 2409 Techau

Wahlkreis	Bezeichnung	Bewerber	Wohnort
35	Lübeck-Ost	Hans-Jürgen Wolter	Meesenring 2, 2400 Lübeck
36	Lübeck-Süd	Gisela Böhrk	Morier Straße 45, 2400 Lübeck
37	Lübeck-Mitte	Rüdiger Möbusz	Vermehrenring 50, 2400 Lübeck
38	Lübeck-Nord	Jürgen Busack	Elswigstraße 50, 2400 Lübeck
39	Stormarn	Dr. Klaus Klingner	Am Hohenkamp 22, 2060 Bad Oldesloe
40	Norderstedt	Gerhard Lehmann	Dreibekenweg 1, 2000 Norderstedt
41	Lauenburg-Ost	Harry Starck	Sterleyer Straße 8, 2410 Mölln
42	Lauenburg-Süd	Udo Lumma	Schützenweg 3, 2410 Mölln
43	Reinbek	Alfred Schulz	Großer Scharnhorst 5, 2057 Reinbek
44	Gr. Hansdorf	Rudolf Herbers	An der Eilshorst 17 a, 2070 Ahrensburg

Beitrittsanmeldung

Ich möchte Mitglied der SPD werden

Zuname, Vorname

Straße, Haus-Nummer

Postleitzahl, Wohnort

Geburtsdatum

Beruf

Datum, Unterschrift

Hier unterstreiche ich den Beitrag, den ich zahlen möchte:

Monatseinkommen in DM						
600 bis 1 200	1 200 bis 1 500	1 500 bis 2 000	2 000 bis 3 000	3 000 bis 4 000	4 000 bis 7 000	über 7 000
5,-	6,- 7,-	8,- 9,- 10,- 11,-	12,- 15,- 20,- 25,- 30,- 35,- 45,-	50,- 60,- 70,- 80,- 100,-	120,- 150,- 200,- 250,-	400,-

Erläuterung: Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der für ihn zutreffenden Gruppe selbst ein. Der jeweils erstgenannte Beitragswert stellt den erwarteten Mindestbeitrag dar.

Für Mitglieder ohne Einnahmen oder mit geringfügigem Einkommen beträgt der monatliche Beitrag 3,- DM.

Hier unterstreiche ich den Beitrag, den ich zahlen möchte: Ich erteile Abrufermächtigung von meinem Konto bei Geldinstitut:

Konto-Nr.

Bitte ausschneiden



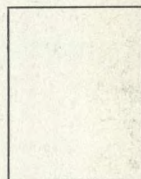
Bibliothek der FES



1227537

Ich bestelle folgende Materialien / Dokumente:
(einfach die Nummern aufschreiben)

Absender
(Bitte in Druckbuchstaben)



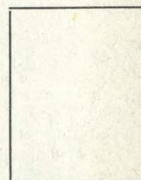
An

SPD in Schleswig-Holstein
— Landesgeschäftsstelle —

Kleiner Kuhberg 28/30

2300 Kiel 1

Absender
(Bitte in Druckbuchstaben)



An

SPD in Schleswig-Holstein
Öffentlichkeits-Referat

Kleiner Kuhberg 28/30

2300 Kiel 1

